



**Mit der
Gesamtsituation
unzufrieden**

Das Kita-Heft

Corona:
Die Debatte
geht weiter

50 Jahre
Berufsverbote:
Betroffene berichten

Neuer Name,
neue E-Mail-Adresse:
bildungsmagazin@gew-hb.de

Moment mal

Das Schwein wird vom Wiegen nicht fett

IQHB – Ein Misstrauensinstitut geht an den Start

Von *Wilfried Meyer*

Das geplante „Qualitätsinstitut“ für Schulen (IQHB) ist ein Misstrauensinstitut gegen Schulen. Es leugnet die seit 2004, unter anderen durch PISA-Tests, festgestellten Defizite an Bremer Schulen: Mangelnde Finanzierung, Mangel an Lehrkräften, Mangel an Lehrerausbildungskapazität (Sport, Arbeitslehre, Deutsch als Fremdsprache...), Mangel an Kräften für Sonderpädagogik. Unterricht lebt von der Beziehung zwischen Lehrenden/Betreuenden und den zu Bildenden. Das werden geplante, weitere, überflüssige Tests nicht messbarer machen. Oben genannte Mängel werden von Lehrkräften, Gewerkschaften und Personalrat Schulen seit Jahren angemahnt und sind veröffentlicht, also der Behörde bekannt.

Herausgeschmissenes Geld

Sogar Versuche wie der der Bildungssenatorin Jürgens-Piper, über eine schon vorhandene Qualitätsabteilung durch Zwangsförderbildungen geprägte Kampagne „Offensive Bildungsstandards“ Leistungen zu verbessern, scheiterten an mangelhafter Ausstattung - nicht an pädagogischen oder methodischen Schwächen der Erziehenden. Und führten wegen fehlender Finanzierung des Inklusionsvorhabens zum Rücktritt dieser Senatorin. Hinweise auf das Gelingen oder Scheitern zum Beispiel dieser Inklusion ohne Ausstattung gibt es aus den Schulen genug. Eine weitere Feststellung dieser Misere ist herausgeschmissenes Geld und misstraut allen bisherigen Bestandsaufnahmen. Und wenn dann noch die Mitarbeiter aus der gleichen, bisher versagenden

Behörde kommen sollen, mit einem Direktor auf einer gut betuchten B2-Stelle, so wird der Abstand zwischen den Stadtstaaten von ca. 2000 Euro pro Schüler:in gegenüber Hamburg und Berlin nur noch größer, weil das Geld nicht in den Schulen ankommt.

Ball liegt im Feld der Behörde

Idee: Einfach mal eine Umfrage starten, was denn die Schulen und Beschäftigten zum schwachen Leistungsniveau in der Behörde meinen. Das würde Sinn machen. So überarbeitet angeblich deren schon ewig existierende Qualitätsabteilung ein einfaches Papier, den „Orientierungsrahmen Schulqualität“, der die Grundlage der Arbeit in Bremer Schulen sein soll, laut Behördenwebsite seit sage und schreibe sieben Jahren! Das nur als Beispiel in welchem Feld der Ball seit Jahren ruht. Das Schwein (System) wird vom Wiegen nicht fett.

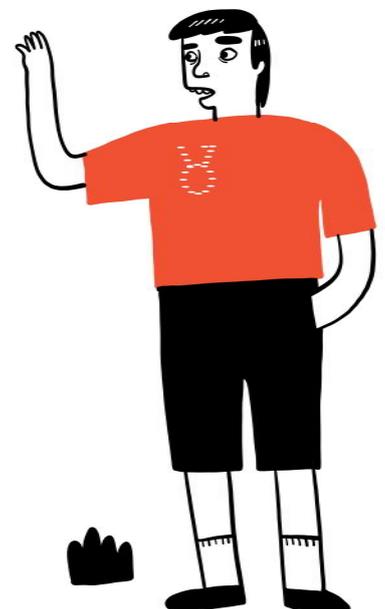
In-Team

Die wilden Exkurse beim Gans-Mirabellen-Schmaus

Eine gelockerte Zunge und der Urlaub am Plattensee

Es gab Schnitzel, als Zeichen der FDJ, dass alles in Ordnung ist. Geistige Getränke hatten dem ungenannten Redakteur die Zunge gelockert. Ein Schwank aus der Jugend wurde aufgetischt. Eine traumatische Erinnerung an Nordbayern oder der Abschluss einer Ordenszeremonie? Das !nteam kann es nach Gans-Mirabellen-Genuss nicht mehr erörtern. Der Delegationsleiter sucht verzweifelt sein Tran-

situsum, der Urlaub am Plattensee verschwimmt wie die Farben auf den einstigen Fotoaufnahmen und wo eigentlich bleibt die versprochene Lethargie zu Jahresende? Es ist nichts wie früher und auch viel besser. Aber ohne Pioniermedaille. Das Bildungsmagaz!n-Team taucht auf. Die Idee geht weiter – mit euch als lesendes Korrektiv in einer impulsiven Zeit. (hüs)



Inhalt

- 2 **Moment mal und in-Team**
- 4 **GEW Gremien**
Bildungspolitische Lage, Kolumbien, SVV-Klausur, Schatzmeisterin, Pensionsberatung, GEW und Corona, Lehrkräfteaktion am SZ Carl von Ossietzky Bremerhaven
- 8 **Zeitlupe: Holocaust-Gedenktag**
Heribert Prantl
- Schwerpunkt**
- 9 **Vorwort**
Karsten Krüger
- 10 **Koalitionsvertrag**
- 12 **Kita und die GEW**
Barbara Schüll
- 14 **Interview Kita-Leiterin**
Karsten Krüger
- 16 **Kita-Elternverein Goethchen**
Swantje Hüsken
- 19 **Kita Bremen-Personalrat**
Grit Wetjen
- 20 **Mitarbeitervertretung Ev. Kirche**
Christian Gloede
- 22 **GEW-Online-Meeting**
Karsten Krüger
- 24 **Forderungen zur Tarifrunde**

50 Jahre Berufsverbote

Seite 36



Schwerpunkt

Seite 9

Kita-Situation im Land Bremen

- Bildung und Gesellschaft**
- 28 **Kernfragen der GEW: Jugend**
Bernd Winkelmann
- 32 **Apartheid / Kolonialismus im Unterricht, 2. Teil**
Werner Pfau
- 35 **Verschwörungstheorien als Friedenspolitik**
Herbert Thomsen
- 36 **50 Jahre Berufsverbote**
Einführung: Wilfried Meyer
Ereignisberichte: Von Barbara Larisch, Frank Behrens, Kalle Koke
- Rubriken**
- 42 **Recht**
- 43 **GEW-intern**
- 45 **Glückwünsche**
- 46 **Corona-Debatte**
Gunnar Weber
- 48 **Frischluff**
Wilfried Meyer
- 50 **Bücher und Medien**
- 51 **GEW-Termine, Impressum**
- 52 **Hinweise und Seminare**

Das Titelmotiv zeigt diesmal ein sichtlich genervtes Krippenkind, das ansonsten gerne in der Kita ist. (Foto: Miriam Unger)

Verbrechen gegen Lehrkräfte in Kolumbien

GEW Bremen wird für Finanzspritze gedankt

Die Bremer GEW ist auch international solidarisch. Der Landesvorstand hat beschlossen, das Projekt der Asociación de Educadores de Putumayo (ASEP) zur Aufarbeitung der Verbrechen gegen Lehrkräfte und aktive Mitglieder von ASEP mit 2.000 Euro zu unterstützen. Der AK International hatte dies beantragt. Die ASEP ist Mitglied bei unserer Schwestergewerkschaft FECODE. Ende November hat ASEP nun den Bericht über Gewalt gegen gewerkschaftliche organisierte Lehrkräfte

an das kolumbianische Sondertribunal für den Frieden übergeben. Der Bericht machte deutlich: Antigewerkschaftliche Gewalt ist Teil des bewaffneten Konflikts in Kolumbien und muss juristisch aufgearbeitet werden. Ein Video der Übergabe-Veranstaltung findet sich unter https://www.facebook.com/watch/live/?ref=watch_permalink&v=1532216743799169 Von Seiten ASEP und auch des CAPAZ-Instituts möchte ich mich ganz herzlich für eure tatkräftige Unterstützung bedanken. Viele Grüße Markus Ciesielski

Die Nerven des Schulpersonals liegen blank

Schlechte Arbeitsbedingungen und Fachkräftemangel: Politik muss endlich handeln

Von *Elke Suhr*

Nach fast zwei Jahren Pandemie fühlen sich große Teile des Personals der Bildungseinrichtungen am Ende. Viele sprechen darüber, dass sie ausgebrannt sind und die Nerven blank liegen. Daran haben auch die zweieinhalb Wochen Weihnachtsferien nichts verändert. Die Pandemie eskaliert die Auswirkungen des durch politische Fehlentscheidungen verursachten Personalmangels bei den Lehrkräften, Erzieher*innen und Sozialpädagog*innen. Die alltägliche Arbeitsbelastung ist unerträglich hoch. Die Politik muss endlich handeln. Um dem Fachkräftemangel effektiv entgegenzutreten, brauchen wir jetzt eine Qualifizierungs- und eine Ausbildungsoffensive, für Erzieher*innen für Sozialpädagog*innen und für Lehrkräfte.

Personalsituation belastet

An einigen Schulen steht das Kartenhaus schon kurz vor dem Zusammenbruch. Dabei ist bemerkenswert, wie viel Schule unter diesen Umständen teilweise noch stattfindet. Aber dies geht auf Kosten der Gesundheit des Personals und der Bildung der Schüler*innen. Wir können es uns nicht leisten, Schüler*innen für die Arbeitslosigkeit auszubilden. Denn im Augenblick geht die Schere immer weiter auseinander. Der größte Personalmangel herrscht meistens an den Schulen in den ‚sozialen Brennpunkten‘. Das hat dann zum Beispiel Auswirkungen bei der Vergabe der Landesmittel für das

Programm mit dem irren Namen ‚Aufholen nach Corona‘. In Bremen werden die Qualitätsanforderungen dadurch aufgehoben; in Bremerhaven sind es eher die besser gestellten Schulen, die es geschafft haben Anträge zu stellen. Wenn es kaum möglich ist, den Alltag zu organisieren, wie soll man sich dann noch um zusätzliche Anträge kümmern.

Bildungspläne entschlacken

Zu der Arbeitsbelastung trägt das fast uneingeschränkte Festhalten am Status Quo des Regelbetriebs in der Pandemie deutlich bei. Ohne Abstriche an den Bildungsplänen vorzunehmen, bleibt es dann den einzelnen Schulen und dem Personal überlassen, wie sie mit der Anforderung, den Regelbetrieb unter Pandemiebedingungen aufrechtzuerhalten, klarkommen.

Die Behörde müsste jetzt den Aufschlag machen und endlich die Entschlackung der Bildungspläne angehen. Wir unterstützen gerne. Manchmal ist weniger eben mehr. Wir brauchen mehr Zeit für Beziehung, mehr Zeit für Bewegung an der frischen Luft. Dabei sollte dann Zeit eingeräumt werden, um mit den Kindern und Jugendlichen altersgerecht über das Leben in einer Pandemie, den Auswirkungen dieser auf die Gesellschaft, der Notwendigkeit gelebter Solidarität und Demokratie kritisch auseinanderzusetzen. Denn selbst wenn wir es zukünftig und hoffentlich zeitnah schaffen, einen guten Alltag auch mit Corona zu leben, die Herausforderungen, die der Klimawandel mit sich bringen wird, werden noch größer für die Gesellschaft und unsere Demokratie sein.

Zurück zu den Zahlen

Die neue GEW-Schatzmeisterin im Kurzporträt

Von *Carmen Rehkopf*

Moin zusammen, auf dem Gewerkschaftstag 2021 bin ich von den Delegierten zur neuen Schatzmeisterin gewählt worden, auch wenn ich noch recht neu bei der GEW bin. Vielen Dank für das entgegengebrachte Vertrauen! Schon mein Vater war jahrelang aktives Mitglied der Eisenbahngewerkschaft. Das hat mich vor fünf Jahren motiviert, selber der GEW beizutreten. Als aktives Mitglied habe ich die Möglichkeit, in und für die Schule etwas verändern zu können, auch wenn es oft nur kleine Dinge sind.

Betriebsgruppensprecherin

Viele von euch kennen mich bisher nicht persönlich, denn engagiert habe ich mich eher als zahlendes Mitglied, bei der Anwesenheit auf Streiks im Tarifkampf und als Betriebsgruppensprecherin meiner Schule, der BST (Berufliche Schule für Technik) in Bremerhaven, wo ich seit dem Jahr 2014 unterrichte. Ich habe an der Hochschule Bremen und Bremerhaven Betriebswirtschaftslehre studiert, mit dem Schwerpunkt Logistik und Controlling und war elf Jahre in der freien Wirtschaft beschäftigt, bevor ich mich entschloss, in den Schuldienst zu treten.

Als die Überlegung meines Vorgängers und unseres neuen Bundesschatzmeisters Nick Strauss kam, dort zu kandidieren (und zu gewinnen), fragte er mich kurzerhand, ob ich mir vorstellen könnte, seinen „Job“ als Landesschatzmeisterin zu übernehmen. Ich wollte eigentlich nichts mehr mit Controlling und Zahlen zu tun haben, doch wieder für einige Stunden pro Woche in die Materie einzusteigen, fand ich dann doch nicht so schlecht. Ich hoffe, dass dies für den Bereich der GEW Bremen gut gelingt, und ich freue mich auf meine neue Tätigkeit.



Carmen Rehkopf,
Landesschatzmeisterin

Gute Zusammenarbeit, gute Atmosphäre

Von vielen typischen Gewerkschaftsarbeiten wie Aktionen, Arbeitskreisen, Projekten, Seminaren etc. habe ich bisher wenig Ahnung. Das ist ziemliches Neuland für mich. Ich freue mich aber auf diese Arbeit und hoffe auf eine gute Zusammenarbeit und Atmosphäre aller Beteiligten, damit die GEW im Ganzen weiterhin funktioniert, nicht nur finanziell, sondern besonders für alle Mitglieder und die, die es noch werden möchten. Und spätestens auf dem nächsten Bremischen Gewerkschaftstag sehen wir uns wieder, dann mit dem von mir erstellten Jahresbericht.



Jutta Otto (Foto: Paul Dammann)

Fundierte Entscheidungsgrundlagen

Jutta Otto, die GEW-Pensionsberaterin, geht selber in Pension

Sie war an Donnerstagnachmittagen aus der GEW-Geschäftsstelle nicht wegzudenken. Jutta Otto, unsere Pensionsberaterin, hat seit 2014 allen Mitgliedern, die es wissen wollten, ihre Ansprüche nach dem Arbeitsleben durchgerechnet. Aber nicht nur das. Im Zentrum stand die Pensionsberechnung, aber die Beratung wurde für die meisten immer wichtiger. Jutta Otto hat ihnen oft einen neuen Weg aufgezeigt. Altersteilzeit, Mindestpension oder Dienst-

unfähigkeit waren häufige Themen. „Mit den Leuten reden und sie mit ihren Fragen ernst zu nehmen, hat am meisten Spaß gemacht.“ Viele ihrer Zuhörer gingen mit einer fundierten Entscheidungsgrundlage wieder aus dem DGB-Haus. Die Basis für eine gute Hilfestellung war natürlich eine gründliche Kenntnis der Rechtsmaterie. Jutta hat sie. Die GEW sagt ein großes Dankeschön und wünscht alles Gute. (krü)

Zwei Jahre Corona und kein Ende in Sicht

Auch psychische Belastungen im Blick behalten

Von *Elke Suhr*

Wie weiter in der Pandemie? Sicher ist, dass es keine einfachen Lösungen gibt und wir wohl lernen müssen, mit dem Virus zu leben. Der Weg dahin darf aber nicht bedeuten, dass Kinder und Jugendliche dem Virus wesentlich ungeschützter als Erwachsene ausgesetzt werden. Zur Zeit des Schreibens gehen die Infektionszahlen in Schulen und Kitas gerade hoch, hoffentlich sind diese beim Lesen wieder abgeflaut.

Präsenzunterricht ist für die soziale Entwicklung und Kompetenz der allermeisten Kinder extrem wichtig. Auch das Lernen, voneinander und miteinander, funktioniert in der Schule am besten. Deshalb wünschen sich viele Präsenzunterricht, das zeigen Rückmeldungen, die bei uns von unseren Mitgliedern ankommen. Gleichzeitig wünschen sich viele einen besseren Infektionsschutz, d.h. leistungsstärkere Luftfilter für die Klassen in Bremen und flächendeckend Luftfilter in Bremerhaven, FFP2 Masken für alle und qualitativ hochwertige Schnelltests bzw. PCR Tests.

Bei steigenden Fallzahlen werden gerade die PCR-Testkapazitäten limitiert. Gut, dass Bremen diese weiter für das Personal in Schule und Kita priorisiert. Trotzdem stellt sich die Frage, warum Deutschland weniger Tests zur Verfügung stellt als alleine die Stadt Wien? Hier muss dringend nachgesteuert werden, damit alle komplikationslos, kostenlos und schnell getestet werden können. Denn wer sich auf einen Schnelltest verlässt, hat bei möglichen Langzeitfolgen evtl. keinen gültigen Nachweis zur Vorlage bei der Unfallkasse bzw. zur Anerkennung einer Berufskrankheit.

Und dann muss die Pandemie in all ihren Auswirkungen auf die Schüler*innen und das Personal in ihrem Gesamtbild betrachtet werden. Die Betonung der psychischen Belastungen aufgrund von Distanzunterricht greift zu kurz. Schüler*innen fühlen sich auch durch den Präsenzunterricht in der Pandemie psychisch belastet, weil sie das Gefühl haben, ihre Gesundheit würde nicht ernst genommen, oder weil sie sich aufgrund einer Infektion isolieren müssen, oft verbunden mit der Angst Familienangehörige anzustecken.

Mehr Gehör mit mehr Aktiven

GEW-Stadtverband Bremen traf sich zur Klausur

Von *Corinna Genzmer*



Zeigte Präsenz: Der Stadtverbandsvorstand Bremen (Foto: GEW)

Nach vielen Online-Tagungen haben sich die Mitglieder des Stadtverbandsvorstands Bremen gefreut, bei ihrer Klausur im Lidice-Haus mit der Moderatorin Ima Drollshagen im direkten Kontakt zu beraten und zu diskutieren. Gemeinsam lachen und privater Austausch inklusive. Auf der Tagungsordnung standen die Themen Zusammenarbeit und Selbstverständnis des SVV, Mitgliedergewinnung, Analyse der Bildungsgesellschaft, die verschiedenen Bildungsberufsgruppen und die Arbeitsbedingungen im Gremium. Zudem wurde die inhaltliche Ausrichtung der Mitgliederversammlung, die im Juni möglichst in Präsenz stattfinden soll, organisiert.

Die Teilnehmer:innen stimmten die Kooperation und die Arbeitsaufteilung zwischen Geschäftsstelle, Organisationsreferentinnen, GSV und dem Entscheidungsgremium SVV ab. Wir stellten fest, dass trotz rund 5200 Mitgliedern in der GEW Bremen nur ein kleiner Personenkreis aktiv ist. Dies soll sich ändern, da wir nur mit vielen Aktiven bei Tarifauseinandersetzungen oder bei Diskussionen mit den politischen Akteuren uns Gehör verschaffen können. Die nächste Klausurtagung soll über zwei Tage außerhalb Bremens stattfinden.

Endlich konstruktive Gespräche

Frust und 34 Freistellungsanträge am SZ Carl von Ossietzky.

Ein Zwischenstand

Von Gerrit Bliefernicht, GEW-Stadtverbandsvorstand Bremerhaven



Als Resultat einer Auseinandersetzung der Schulleitung der gymnasialen Oberstufe des Schulzentrums Carl von Ossietzky mit dem Schulamt in Bremerhaven reichten Kolleg:innen zahlreiche Freistellungsanträge beim Schulamt ein, mittlerweile sind es 34. Zwei Faktoren haben dabei eine wesentliche Rolle gespielt: Zum einen ist die Arbeitsbelastung über die Jahre hinweg spürbar gewachsen, was sich durch die Pandemie und die Digitalisierung im Hau-Ruck-Verfahren deutlich verschärft hat, zum anderen hat das Schulamt unsere Schulleitung durch drastische Veränderungen in der Stundenzuweisung überrascht.

Abordnungen und Kürzungen

Während bereits 20 Kolleg:innen unserer Schule an anderen Arbeitsplätzen in Bremerhaven aushalfen, sollten weitere Abordnungen hinzukommen – und das, obwohl gleichzeitig Lehrkräfte an der CvO-GyO Überstunden machten und der Druck durch Projekte wie „Schulen im Abitur“ zunahm. Weitere Kürzungen der Stundenzuweisung drohten zudem, die unser Schulleben in Frage gestellt hätten. Diese Gemengelage führte dazu, dass viele unserer Kolleg:innen kürzlich Freistellungsanträge stellten – teils als politisches Signal, teils, um im Bedarfsfall wirklich den Arbeitsplatz wechseln zu können.

Mit Hilfe der Presse

Eine Reaktion hierauf blieb zwar aus, aber die begleitende mediale Berichterstattung sorgte für Bewegung. Hilfreich war vor allem der „butenunbinnen“-Bericht, da hier professionell gearbeitet wurde und man die gewählten Interessensvertretungen der CvO-GyO zu Wort kommen ließ. So konnte sowohl auf die Situation an der CvO-GyO wie auf den Lehrkräftemangel in Bremerhaven aufmerksam gemacht werden. Bereits die Ankündigung dieses Berichts sorgte dafür, dass konstruktive Gespräche zwischen allen Beteiligten begonnen wurden.

Verständlicher Kompromiss

Im Zuge dieser konnten einige Zielvorstellungen gemeinsam festgelegt werden. Zunächst einmal sind weitere Abordnungen und Kurszusammenlegungen während der Q-Phase in

Zukunft nicht mehr zu befürchten. Das schafft Planbarkeit für die Schulleitungen und Verlässlichkeit für die Schülerschaft, da so Lehrkräftewechsel vermieden werden. Im Gegenzug wird angestrebt, zu kleine Kurse bereits bei der Einrichtung zu unterbinden, was eine Schulprofilerschärfung der drei Oberstufen Bremerhavens zur Folge haben dürfte – und ggf. weitere Abordnungen. Diese Vorgehensweise ist als verständlicher Kompromiss vor dem Hintergrund des gravierenden Personalmangels in der Sek I zu werten: Es wäre zur Zeit schwierig, parallele Kurse mit sehr niedrigen Schüler:innenzahlen in Bremerhaven zu rechtfertigen.

Schließlich verständigte man sich noch auf die Position, dass es sowohl einer Veränderung der kommunalen Zuweisungsrichtlinie bedarf wie es ebenfalls hilfreich wäre, die Landeszuweisungsrichtlinie zu reformieren, da die reinen Oberstufenzentren der Sek II sonst perspektivisch dadurch benachteiligt werden, dass diese im Unterschied zur Sek I keine pauschale Zuweisung über den unmittelbaren Bedarf hinaus als Manövriermasse für Schulentwicklung, -leben, Reserve, etc., mehr bekommen.

Grundsatzproblem Lehrkräftemangel

Die Diskussion hierüber wird gewerkschaftlich kritisch zu begleiten sein, um zu verhindern, dass durch die pauschale Zuweisung innerhalb der Schulautonomie letztlich doch drastische Einschränkungen umgesetzt werden müssen. Weiterhin wird durch den zurückliegenden Prozess erneut deutlich, dass unbedingt tragfähige Konzepte zur Behebung des Lehrkräftemangels im Land Bremen eingesetzt werden müssen. Andernfalls ist weder an eine nachhaltige Entlastung der Kollegien, noch an eine Erhöhung der Bildungsqualität im Land Bremen zu denken.



Gerrit Bliefernicht
(Foto: Privat)

Warum der Holocaust-Gedenktag so notwendig ist

Und warum die AfD vom Verfassungsschutz beobachtet werden muss

Von Heribert Prantl

Der Holocaust-Gedenktag erinnert an die Ausrottung der Menschlichkeit. Er erinnert daran, wie aus Humanität Nationalität wurde und aus Nationalität Bestialität. Und er erinnert daran, dass es heute eine Partei im Bundestag gibt, deren Fraktionsvorsitzender diese Bestialität als "Vogelschiss" in der deutschen Geschichte bezeichnet hat. In dieser Partei hat die alte Hitlerei eine neue Heimat, gewiss nicht bei allen, aber bei vielen, auch bei Abgeordneten im Bundestag und in den Landtagen. Die AfD hat das Land ungut verändert. Gewiss: Sie hat auch sichtbar und sagbar gemacht, was vorher schon da war. So mancher, der sich vorher zügelte, tut es nicht mehr. Die Verharmlosung der Nazi-Gräueltaten ist der braune Faden der Partei. Sie ist ein Extremismus-Indiz. Es ist dort vom Großdeutschen Reich und von der "Umvolkung" die Rede. Björn Höcke, der heimliche Führer der AfD, schmähete das Holocaust-Mahnmal in Berlin und der Kultur der Erinnerung an die NS-Opfer als "mies und lächerlich". Die AfD will deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund aus Deutschland vertreiben und Flüchtlinge pauschal und radikal abweisen.

Von der Nationalität zur Bestialität

Der Holocaust-Gedenktag erinnert an die Ausrottung der Menschlichkeit. Er erinnert daran, wie aus Humanität Nationalität wurde und aus Nationalität Bestialität. Und er erinnert daran, dass es heute eine Partei im Bundestag gibt, deren Fraktionsvorsitzender diese Bestialität als "Vogelschiss" in der deutschen Geschichte bezeichnet hat. In dieser Partei hat die alte Hitlerei eine neue Heimat, gewiss nicht bei allen, aber bei vielen, auch bei Abgeordneten im Bundestag und in den Landtagen. Die AfD hat das Land ungut verändert. Gewiss: Sie hat auch sichtbar und sagbar gemacht, was vorher schon da war. So mancher, der sich vorher zügelte, tut es nicht mehr. Die Verharmlosung der Nazi-Gräueltaten ist der braune Faden der Partei. Sie ist ein Extremismus-Indiz. Es ist dort vom Großdeutschen Reich und von der "Umvolkung" die Rede. Björn Höcke, der heimliche Führer der AfD, schmähete das Holocaust-Mahnmal in Berlin und der Kultur der Erinnerung an die NS-Opfer als "mies und lächerlich". Die AfD will deutsche Staatsbürger

mit Migrationshintergrund aus Deutschland vertreiben und Flüchtlinge pauschal und radikal abweisen.

Ein Grundrechtsmissbrauch

Zu konstatieren ist die Braunwerdung der AfD - die sie in der Corona-Krise dadurch zu kaschieren versucht, dass sie angeblich besorgt auf die Grundrechte verweist, die sie sonst verachtet. Sie zieht sich die Grundrechtsartikel an wie einen Tarnanzug; das ist Grundrechtsmissbrauch. Tatsächlich rückt die AfD immer mehr dorthin, wo einst, weniger erfolgreich, die neonazistische NPD ihren Platz hatte. Aus einer rechtsbürgerlichen Partei wird eine nationalfaschistische.

Die Braunwerdung der AfD

Völkisches Getöse findet in dieser Partei Echo, die AfD wird brauner. Diese Braunwerdung der einstigen Anti-Euro-Partei ist nicht nur eine Befürchtung, sie ist nicht nur ein Verdacht, sie ist Tatsache - und deshalb ist es richtig, wenn, wie es geplant ist, der Verfassungsschutz künftig nicht nur bestimmte Teile der AfD, sondern die ganze AfD beobachtet. Es wäre dies praktizierte Erinnerung, es wäre eine tätige Mahnung, wenn der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz diese Beobachtung am 27. Januar, also am kommenden Mittwoch, ankündigen würde. (...)

Der Text ist ein Auszug aus: Prantl, Heribert: „Jede Schule, die sich auch nur ein Opferschicksal zu eigen macht.“ Erschienen in der Süddeutschen Zeitung vom 24.01.22 unter der Rubrik ‚Prantls Welt‘.



Heribert Prantl

© Superbass / CC-BY-SA-4.0
(via Wikimedia Commons)



Schwierige Aussichten

Kitasituation in Bremen: Die Lage ist mehr als problematisch

Von Karsten Krüger

Mal sind es amüsierte, mal interessierte, mal bewegungsfreudige Kita-Kinder. Die Fotoserie im Schwerpunkt zeigt diesmal Kinder, die Spaß an den Dingen haben, die sie tun. Man sieht, dass sie Neues aufnehmen. Man sieht die Freude am Miteinander. Unsere Fotografin Susanne Carstensen hat die Kinder dabei wie gewohnt ausdrucksstark in Szene gesetzt. 1000-Dank auch an unsere „Foto-Kita-Kinder“ Yousef, Rosslin, Emira, Zoey, Ibrahima, Ajla, Sophia, Amelie, Nasra, Ana Evelyn, Erik, Jamie, Emma, Malte, Gürbüş, Karina, Ayleen, Kevin, Beyhan, Monika, Melia aus einer Kita in Bremerhaven-Lehe, die sich alle haben ablichten lassen.

Aber diese Untersechsjährigen wissen in der Regel noch nicht, dass es in vielen Bremer Kinderbetreuungseinrichtungen auch einige Probleme gibt. Ihre

Erzieher:innen und das pädagogische Personal insgesamt wissen besser, wo es hakt, wo es knirscht. Und oft ist das Knirschen so laut, dass nicht wenige Fachkräfte ihren so systemrelevanten Beruf aufgeben. Und alle nach wie vor ungelösten Probleme in den Einrichtungen führen dazu, dass mögliche Berufsanfänger:innen ihren Traumberuf aufgeben und damit den Fachkräftemangel weiter vergrößern. Und dass Eltern verzweifeln, weil sie keinen Betreuungsplatz bekommen.

Unsere Autorinnen und Autoren beschreiben die Mängel, zeigen Lösungen auf und fordern, wie der Weg dorthin aussehen muss. Sie sind alle mit langjähriger Erfahrung in ihrem Arbeitsbereich ausgestattet. Sie haben den direkten Blick auf das Leben in den Krippen, Kindergärten und Horten. Ihre Einschätzungen beschreiben die Realität in den

Einrichtungen. In einem sind sich unsere Expert:innen einig: Bei der Attraktivität der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen ist sehr viel Luft nach oben. Eine größere Wertschätzung der Fachkräfte ist dringend notwendig. Und diese Wertschätzung muss wesentlich weiter gehen als Applaus an der einen oder anderen Stelle. In der Tarifrunde für den kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) wird dies klar zum Ausdruck kommen. Eine weitere SuE-Aufwertung wäre der erste Schritt, um die problematische Lage etwas zu verbessern. Die Kita-Beschäftigten verdienen das. Die Kita-Kinder und ihre Eltern werden davon profitieren.

Die Redaktion wünscht viel Spaß beim Lesen und dabei natürlich wieder den einen oder anderen Erkenntnisgewinn. Über Reaktionen, Meinungen und Anmerkungen – nicht nur zu diesem Schwerpunkt – freuen wir uns schon jetzt.

Was Rot-Grün-Rot vorgibt, so alles erreichen zu wollen

Kita-Politik: Auszüge aus dem wenig konkreten Koalitionsvertrag

Zusammengestellt von *Karsten Krüger*

Bedarfsgerechtes Angebot

Die Bildung und Betreuung der jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft ist elementar für die Überwindung von Bildungsarmut und Arbeitslosigkeit. Insbesondere im Bereich der Betreuung von Kindern im Alter unter drei Jahren klaffen jedoch zwischen den Stadtteilen Bremens trotz der Ausbauanstrengungen der vergangenen Jahre erhebliche Unterschiede. Die aufholende Entwicklung in Stadtteilen mit niedriger Versorgungsquote muss konsequent fortgesetzt werden und darf erst enden, wenn ein gleicher Versorgungsgrad erreicht ist. Als Maßstab für die Versorgungssituation in den Stadtteilen besteht das Ziel, bis zum Ende der Legislatur für mindestens 60 Prozent aller Unter-Dreijährigen in ihrem Stadtteil einen Platz zur Verfügung stellen zu können. Für alle Kinder ab dem 1. Geburtstag soll zudem der Rechtsanspruch auf 30 Stunden pro Woche erhöht werden.

Früh- und Spätdienste besser bezahlen

Beim Neubau von Einrichtungen sowie der Weiterentwicklung bestehender Einrichtungen soll das Ziel durchgängiger Bildungsangebote von Krippe und Kindergarten unter einem Dach umgesetzt werden. Neben dem Vorhandensein von ausreichend Kitaplätzen besteht der wachsende Anspruch von Eltern, auch Betreuung in den Randzeiten abzudecken. Früh- und Spätdienste sollen finanziell besser ausgestattet werden. Bei der Vergabe von Krippen-, Kita- und Hortplätzen sollen Situation und Bedarfe des Kindes ebenso entscheidend sein wie die elterliche Lage.

Mehr Sprachbildung, mehr Sprachförderung

Mit der Kita-Beitragsfreiheit wird sich das Land erstmalig an der Finanzierung von Kitaplätzen in den beiden Stadtgemeinden

beteiligen. Ein runder Tisch „Kita-Qualität“ soll unter breiter Beteiligung die weitere Qualitätsentwicklung in Bremen und Bremerhaven begleiten. Wir werden in der anstehenden Wahlperiode einen neuen Sozialindex etablieren und als ersten Schritt die Einrichtungen und Gruppen in herausfordernden Lagen personell besser ausstatten. Wir erachten es als notwendig, dass in einem zweiten Schritt die Voraussetzungen geschaffen werden, um in der darauffolgenden Wahlperiode in Einrichtungen mit besonders hoher sozialer Benachteiligung die Gruppen verkleinern zu können. Innerhalb der nächsten Dekade soll die grundlegende Verbesserung der Fachkraft-Kind-Relation unter Wahrung der sozialen Gewichtung erreicht werden. Die Sprachbildung und Sprachförderung soll in ihrer Rolle und Bedeutung in den Kitas weiter gestärkt werden. Ziel ist es bei der Schaffung verbindlicher Zusammenarbeit von Kitas und Grundschulen. Wir wollen die gestiegenen Förderbedarfe in den Kindertageseinrichtungen bei der Personalausstattung adäquat berücksichtigen. In der Ausbildung der pädagogischen Fachkräfte für Kitas soll das Thema Inklusion gestärkt werden. Persönliche Assistenzen in Kitas sollen Schulungsangebote erhalten. Die beschlossene Einführung von Bio-Essen in der Mittagessenversorgung soll finanziell abgesichert und umgesetzt werden.

Mehr Fachkräfte einstellen

Die Gewinnung von zusätzlichen Menschen, die Erzieherin oder Erzieher im Land Bremen sein wollen, ist eine Kernaufgabe. Ohne gute, qualifizierte pädagogische Fachkräfte sind alle weiteren Entwicklungen nicht zu realisieren. Das oberste Ziel muss dabei sein, die Gesamtzahl, der in der Weiterbildung zur Erzieherin oder zum Erzieher befindlichen Personen deutlich

„Die Bildung und Betreuung der jüngsten Mitglieder unserer Gesellschaft ist elementar für die Überwindung von Bildungsarmut und Arbeitslosigkeit.“



Im Team sein fördert das Zusammengehörigkeitsgefühl.
Kinder lernen sich gut zu ergänzen.
Aber nur dann, wenn die Gruppenerlebnisse gut organisiert werden.

Problem
Fachkräfte-
mangel

Foto: Susanne Carstensen

01



zu erhöhen und mehr junge Menschen für eine Tätigkeit im Bereich der Erziehungsberufe zu interessieren. Wir wollen dabei den Anteil der Männer erhöhen.

Langfristig soll ein Modell erarbeitet werden, das die unterschiedlichen Ausbildungsformate zu einem transparenten Aus- und Weiterbildungskonzept zusammenführt.

Gute Kita - gute Arbeitsbedingungen

Steigende Anforderungen und Erwartungen an eine zunehmende Betreuungsqualität erfordern gute Arbeitsbedingungen. Dieser Herausforderung wollen wir uns stellen, denn gute Arbeit kann nur unter guten Konditionen geleistet werden. Der schnelle Kita-Ausbau zuletzt ging stark zulasten der Beschäftigten und ihrer Arbeitsbedingungen. Das erkennen wir an, indem wir darauf hinwirken, dass die gesellschaftliche Anerkennung dieser wichtigen und verantwortungsvollen Tätigkeit gesichert und die dafür notwendigen Konditionen von uns geschaffen werden.

Mehr Zeit mit dem Kind

Die Erklärung zu „Guter Arbeit in Kitas“ von Senat und Interessenvertretungen aus dem Jahr 2017 soll fortgeführt werden. Auf dieser Basis werden wir die Träger der Kindertageseinrichtungen in die Lage versetzen, Maßnahmen zu ergreifen, um den Arbeits- und Gesundheitsschutz in den Einrichtungen weiterzuentwickeln. Damit die Kolleginnen und Kollegen in den Kitas mehr Zeit für die Arbeit mit den Kindern und Elternarbeit haben, müssen sie von anfallenden nicht-pädagogischen Zusatzaktivitäten, wie hauswirtschaftlichen oder handwerklichen Aufgaben, befreit werden. Die nicht-pädagogischen Tätigkeiten werden wir einer Aufgabenkritik unterziehen und Maßnahmen zur Entlastung ergreifen. Außerdem verfolgen wir das Ziel der Aufwertung des Berufs mit einer Höhergruppierung in die Tarifgruppe SuE 8b für alle Erzieherinnen und Erzieher. Für die Entwicklung von Umsetzungsmöglichkeiten werden wir uns mit den Beteiligten zusammensetzen. ■

Betreuungsschlüssel muss besser werden

GEW fordert deutlich attraktivere Arbeitsbedingungen für Erzieher:innen

Von Barbara Schüll

Bildung heute ist mehr als Schule und die damit verbundenen Themen. Durch die ehemalige Senatorin Claudia Bogedan wurde der Bildungsplan 0 bis 10 engagiert geplant und angegangen. Bei Arbeitstreffen, in der Bildungsbehörde, in den Einrichtungen und im Landesinstitut für Schule wurden diskutiert, Projekte entwickelt und vorgestellt. Doch die Umsetzung und Verstetigung guter Ideen braucht personelle und zeitliche Kapazitäten. Frühkindliche Bildung beginnt mit einer gut ausgestatteten Einrichtung, und das bedeutet, dass Zeit und Personal zur Verfügung stehen. Planung und Umsetzung muss Arbeitszeit sein, damit die Kolleginnen und Kollegen nicht durch die Last der Anforderungen erkranken.

Zusätzliche Ressourcen

Wohlsortiert und ausgewogen können die Herausforderungen des Alltags nur gestemmt werden, wenn zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. In der heutigen Zeit, in der der Ruf nach Ausweitung und Flexibilisierung der Betreuungszeiten lauter wird, und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine berechtigte Forderung darstellt, müssen wir in der Umsetzung genau hinsehen, damit nicht die Entlastung einiger Berufsgruppen zur Überlastung der pädagogischen Berufsgruppen führt. Der Bremer GEW-Landesverband fordert hier dringend eine deutliche Attraktivitätssteigerung:

Entgeltgruppe S 8b für alle

Die bezahlte Ausbildung wurde bereits auf den Weg gebracht. Folgen muss die Anhebung für alle Erzieher:innen in die Entgeltgruppe S 8b. Folgen müssen Qualifizierung und Aufstiegsmöglichkeiten. Folgen muss die Verbesserung des Fachkraft-Kind-Schlüssels: 1:2 für Kinder unter einem Jahr, 1:3 für Ein- bis Dreijährige, 1:8 für Dreijährige bis Sechsjährige und 1:10 für Schulkinder ab sechs Jahren. Für die mittelbare pädagogische Arbeit muss ausreichend Zeit eingeplant werden – und zwar mindestens 25 Prozent der vertraglich vereinbarten Arbeitszeit. Kita-Leiter*innen benötigen ausreichend zeitliche Ressourcen und müssen von den Verwaltungstätigkeiten entlastet werden. Die Beteiligung der Fachkräfte, Verbände, Gewerkschaften,

der Wissenschaft und zivilgesellschaftlicher Akteure bei der Umsetzung und Weiterentwicklung dieser Qualitätsmerkmale muss gesichert sein.

Wertschätzung erstreiten

Mit der Steigerung der Attraktivität des Berufsfelds Erzieher:in, kann die Zahl der Beschäftigten deutlich gesteigert werden und die Flexibilität der Betreuungszeiten und eine damit verbundene Ausweitung der Betreuungszeiten plan- und umsetzbar werden. Fragen wir uns nach der Welt von morgen, in der die Transformation der Wirtschaft bereits zur letzten Bundestagswahl im vergangenen Jahr ein großes Thema war, dann müssen wir unseren Arbeitsplatz lautstark behaupten. Wir müssen gewerkschaftlich organisiert auftreten und nur in

„Mit der Steigerung der Attraktivität des Berufsfelds Erzieher:in kann die Zahl der Beschäftigten deutlich gesteigert werden.“

großer Zahl und mit starken Aktionen Wertschätzung und Anerkennung erstreiten. Dazu bieten wir im Landesverband der GEW Bremen regelmäßig Treffen für Kita-Beschäftigte an und laden dazu schriftlich ein. Lasst uns gemeinsam fordern und Pläne schmieden, auch außerhalb von Tarifverhandlungen. ■



Barbara Schüll, Landesvorstandssprecherin



Malen steigert die Hand-Auge-Koordination

Kinder werden kreativer und bekommen eine bessere Grob- und Feinmotorik.
Aber nur dann, wenn geschultes Personal den Prozess begleitet.

Problem
Fachkräfte-
mangel



Foto: Susanne Carstensen

02

„Wie soll das ohne Fachkräfte funktionieren?“

Interview mit der Erzieherin Melanie Brackmann. Sie ist kommissarische Leiterin der swb-Kita Glühwürmchen in Woltmershausen.

Das Interview führte *Karsten Krüger*



Melanie Brackmann, Erzieherin
swb-Kita Glühwürmchen

Das Thema Corona beeinflusst seit langem auch den Kita-Alltag. Wie hat sich ihre Arbeit verändert?

Die hat sich sehr verändert. Wir können unser Personal wegen der Kohorten-Regelung nicht mehr so flexibel einsetzen. Teilzeitkräfte müssen jetzt auch nachmittags arbeiten, weil wir sonst die Öffnungszeiten nicht mehr abdecken können. Wir testen, wir lüften, wir desinfizieren, schreiben Listen für das Gesundheitsamt. Wir machen also viele Dinge, die mit dem pädagogischen Alltag nichts zu tun haben.

Das hört sich nach vielen Überstunden an?

Ja, Überstunden oder Einschränken des Angebots. Das heißt für unseren pädagogischen Alltag: Können wir uns noch daran orientieren, was die Kinder eigentlich brauchen oder sich wünschen? Es erfordert schon sehr viel Flexibilität, um allen gerecht zu werden. Wenn nur eine Gruppe in die Turnhalle kann, muss für eine andere im Gruppenraum alles extra aufgebaut oder Alternativen geschaffen werden.

Was macht das mit ihnen und ihren Kolleginnen?

Wir sind sehr ausgelaugt. Und es ist auch leider so, dass der Arbeitsmarkt derzeit nicht so ist, dass eine Entlastung in Sicht ist. Wenn das anders wäre, könnte man sagen, ok, es wird irgendwann besser. Zudem ist der pädagogische Anspruch an uns Erzieherinnen größer geworden, die Erwartungen der Eltern sind deutlich höher als früher. In Kombination mit Corona und dem Fachkräftemangel führt es dazu, dass der Job gerade nicht besonders attraktiv ist.

Es fehlen überall Erzieher:innen, auch im Land Bremen. Für mehr als 2000 Kinder kann derzeit bei Kita Bremen und in anderen Einrichtungen keine Betreuung realisiert werden. Wie ist die Personallage in der Kita Glühwürmchen?

Auch bei uns ist es so, dass pädagogische Fachkräfte fehlen. Vier Stellen sind vakant – was sehr viel ist bei 16 Stellen insgesamt. Die Krux dabei ist, dass der Personalmangel schon Thema war, als ich meine Ausbildung vor mehr als 15 Jahren beendet habe. Es hieß schon damals: Es gibt auf absehbare Zeit nicht genug Erzieherinnen und Erzieher. Da ist echt etwas schiefgelaufen. Warum sollen die ganzen jungen, motivierten Leute diesen Job machen? Er ist gerade zu Beginn nicht besonders gut bezahlt, die Ausbildung wird bisher nicht vergütet. Warum hat man das nicht hingekriegt?

Was bleibt zu tun? Der Bereich Kita ist jetzt im Ressort Kinder und Bildung integriert.

Die Posten für Kita-Verantwortliche sind nicht gut besetzt. Die Personen, die diesen Job machen, sind an manchen Stellen nicht gut ausgesucht und oft nicht wirklich vom Fach. Da fehlt ein bisschen der Einblick. Wenn sie aus der Praxis kämen und um die Problematiken wüssten, würde man anders entscheiden.

Das Bildungsressort weist regelmäßig darauf hin, dass die Kita-Probleme angepackt werden und zum Beispiel viele neue Kita-Einrichtungen gebaut worden sind bzw. gebaut werden.

Ja, das ist schön, aber es wurde wenig dafür getan, dass diese Einrichtungen auch mit Personal bestückt werden können. Ich kann natürlich sagen, dass es zum Beispiel Ganztagsangebote für alle Schulkinder gibt, aber wie soll das ohne Fachkräfte funktionieren? Man kann eine Einrichtung nach der anderen bauen, aber wenn sie nicht mit Leben gefüllt werden können... Und es werden parallel in Bremen Einrichtungen wieder geschlossen, weil das Personal fehlt. Uns rufen panisch Eltern an und sagen, eigentlich hätte ich einen Platz, aber die Kita-



Gestikulieren verstärkt die Wirkung

Kinder lernen dynamischer zu kommunizieren.

Aber nur dann, wenn Erzieher:innen es vorleben und regelmäßig dazu animieren.

Problem
Fachkräfte-
mangel



Foto: Susanne Carstensen

03

Gruppe wird jetzt geschlossen, weil die Erzieherin oder der Erzieher gekündigt hat. Was mache ich mit meinem Kind? Das wäre für mich als alleinerziehende Mutter der Ober-GAU.

Was muss sich sofort ändern?

Zuerst muss die Ausbildung viel attraktiver werden. Es muss ein Konzept erstellt werden, dass diese Zeit – auf welche Art auch immer – vergütet wird. Junge Leute mit einem Herz für Kinder fragen sich: Wie soll ich das finanzieren? Wenn BAföG gezahlt wird, muss es auch zurückbezahlt werden. Unser Beruf ist systemrelevant, das hat sich jetzt in Coronazeiten nochmal mehr gezeigt.

Der Betreuungsschlüssel ist im Kita-Bereich sehr unterschiedlich. Wie ist es bei der Kita Glühwürmchen?

Wir sind überdurchschnittlich gut besetzt, wenn denn alle Stellen besetzt wären. Wir arbeiten in normalen Zeiten zum Beispiel in der Krippe zu dritt mit zehn Kindern. Der normale Schlüssel ist 1:5. Was wir Erzieher und Erzieherinnen aber gelernt haben und worauf sich auf oft verlassen wird, ist, dass wir flexibel auf Personalmangel reagieren können und sollen.

Viele Kita-Leitungen kritisieren, dass sie zu wenig Leitungszeit haben. Sie sind kommissarische Leiterin. Bekommen sie Entlastung?

Nein. Das mache ich für mich. Weil ich unsere Kita mag, weil ich mich gerne einbringe und weil ich da auch für mich eine Qualifikation sehe. Mit "Impuls soziales Management Die Familienexperten gGmbH" habe ich aber einen Arbeitgeber, der

sehr gut strukturiert ist, das macht viele Aufgaben leichter und ich bekomme einen kleinen Bonus, der sich aber in meinem Gehalt nicht unbedingt widerspiegelt. Dennoch würde ich die Aufgaben ohne das Team nicht bewältigen können. Sie halten mir den Rücken frei.

Ihre Antworten bisher lesen sich nicht gerade als Einladung an junge Leute in Bremen, sich für diesen Beruf zu entscheiden.

Ja, da ist leider tatsächlich so. Diesen Beruf sollte man ausüben, wenn man ihn wirklich gerne macht, wenn man für diesen Job brennt. Und wir brauchen viele junge Leute, die für diesen Job brennen.

Wenn man ein Haus hat wie unseres, wo die Gegebenheiten eigentlich richtig gut sind, dann wäre es schön, diese Möglichkeiten ausschöpfen zu können. Wir sind alle noch hier, weil wir unsere Arbeit lieben und unser Haus und das Team gut finden. Nichtsdestotrotz sind die Umstände durch den Personalmangel einfach nicht so, wie sie eigentlich sein könnten. Und an dieser Stellschraube muss man dringend drehen.

Und die Gewerkschaften. Wie können sie helfen, um voranzukommen?

Ich würde mir wünschen, dass sie sich besonders für die Ausbildung der Fachkräfte einsetzen. Die Ausbildung bzw. das Fachpersonal sind der Schlüssel zu einer Vielzahl von Verbesserungen in den pädagogischen Bereichen. Es ist an der Zeit, das Ausbildungsprogramm generell zu überdenken, um wieder mehr Menschen mit Herz für den Job zu gewinnen. ■

„So will ich nicht arbeiten!“

Ein systemrelevanter Erfahrungsbericht der Kindergruppe Goethchen e.V.

Von *Swantje Hüsken*

Dieser Bericht entstand nach meinem Besuch im ‚Goethchen‘, einer selbstorganisierten Kindergruppe im Herzen des Bremer Viertels, deren Verein Mitglied im Verbund Bremer Kindergruppen ist. Drei dort beschäftigte Mitarbeiterinnen erwarteten mich. Leider nicht die acht Kinder im Alter von zwölf Monaten bis drei Jahren, die normalerweise von den Räumlichkeiten täglich Besitz ergreifen. Nein, es gab keinen Corona-Fall, sondern der Alltag bringt auch andere Viruserkrankungen mit sich, mit denen (infizierte) Kinder zu Hause besser aufgehoben sind. So hatten wir Zeit für einen Austausch zu unserem Schwerpunktthema.

Eine Elterninitiative

Goethchen wurde bereits Mitte der 1990er Jahre gegründet. Die Einbindung der Eltern/Erziehungsberechtigten in den Tagesablauf der Einrichtung hat folglich einen hohen Stellenwert, der sich in der Klientel deutlich widerspiegelt. Die Kinder stammen

den, dass Eltern im Goethchen Arbeitgeber:innen sind und gleichzeitig ihren Betreuungsbedarf für den eigenen Nachwuchs dort anmelden. Das führt zu Spannungen, die größere Einrichtungen vielleicht anders zu berücksichtigen haben. Das Austarieren eines gangbaren Weges (Umsetzung Verordnung, Gesundheitsschutz, Betreuungsangebot) für die Beschäftigten und für die Eltern ist eine anhaltend zu bewältigende Aufgabe.

Kindertageseinrichtungen halten den Betrieb aufrecht.

Der Frage nachgehend, was diese Annahme, insbesondere in den vergangenen zwei Jahren mit den Beschäftigten und ihrer pädagogischen Profession gemacht hat, sind wir in das Gespräch eingestiegen. Folgende Erinnerungen müssen dazu wachgerufen werden: Panik angesichts der nicht vorhersehbaren Krankheitsverläufe und leerer Supermarktregale, Kinder durften im März 2020 keine Spielplätze im Freien betreten oder in Wohnanlagen

„Klatschen vom Balkon ist eine Klatsche ins Gesicht aller – unterbezahlten – Fachkräfte in Pflege, Erziehung, Schule und Jugendförderung.“

aus bildungsnahen Familien, die sich die Beteiligung an einem von Eltern geführten Verein gönnen und das (pädagogische) Konzept finanziell leisten können. Hierzu zählen auf den ersten Blick die Versorgung mit biologischen Lebensmitteln und die Gruppengröße – acht Kinder in einer einzigen Gruppe betreut zu wissen, löst andere Erwartungen aus, als die Unterbringung zu einem schlechteren Betreuungsschlüssel. Mir war diese Entscheidung, die Eltern/Erziehungsberechtigte zu treffen haben, weniger bewusst, als es mir die Kolleginnen vermittelt haben. Gleichzeitig braucht es zur Erfüllung des gesetzlichen Auftrages und wegen der moralischen Verpflichtung, für alle Kinder einen Betreuungsplatz zu schaffen, solche Initiativen, um im Land nicht noch schlechter bei der Statistik Platzangebot vs. Platznachfrage dazustehen. Das Goethchen fungiert zwischen den großen, städtischen und kirchlichen Trägern als praktische Lösung und beantwortet die Frage nach dem gewachsenen Bedarf, als Familie oder alleinstehende Person mit Kind(ern) beruflich tätig sein zu wollen. Dabei darf nicht vergessen wer-

auf dem Flur mit Nachbarskindern spielen (Quarantäneauflagen gelten für alle Formen des Wohnens), Lockdown für viele Einrichtungen des öffentlichen Lebens, Maskenpflicht, ohne dass es Masken zu kaufen gab, Kohortenregelung (auch für Gruppen mit acht Kindern). Die Kolleginnen des Goethchens haben diese Reihe der Einschränkungen um ihre Erfahrungen ergänzt: Kinder dürfen keine Speisen mehr teilen, die sie von zu Hause mitbringen, Kinder müssen unter coronakonformen Vorgaben die Waschräume aufsuchen, Kinder werden vor der Krippentür von den Eltern/Erziehungsberechtigten abgesetzt usw. Fakt ist, dass mit jeder neuen Coronaverordnung Kindern ritualisierte Abläufe genommen worden sind, ohne dass seitens der Politik auf die Möglichkeiten der jeweiligen Einrichtung Rücksicht genommen wurde. Die Mitarbeiterinnen bestätigen, dass es, auch in Absprache mit den Eltern, früher zu Maßnahmen hätte kommen können, die langfristig für alle Seiten zu einer höheren Planbarkeit geführt hätten. Aber die Formulierung im Konjunktiv offenbart es: Fachkräfte in den



Verstecken spielen schult den Perspektivwechsel.

Erahnen, was will und glaubt mein Gegenüber?

Das klappt aber nur dann, wenn es altersgemäß ausgeführt wird.

Problem
Fachkräfte-
mangel



Foto: Susanne Carstensen

04

Einrichtungen sind bis heute nicht gefragt worden, wie sie die für sie zu verantwortende Lage bewerten. Stattdessen mussten wohl Hygienekonzepte verfasst werden und es gab keine Zeit für das offene Ohr.

Der Blick nach vorne

Frustration hat sich breitgemacht, denn ein wesentlicher, erzieherischer Auftrag ist der Einschätzung nach verloren gegangen: Die Befähigung der Kinder zu einem selbstständigen Leben und ihre Persönlichkeitsentwicklung. So woll(t)en die Kolleginnen nicht arbeiten. Die Diskrepanz zwischen der individuellen Intention, einen pädagogischen Beruf ergriffen zu haben, und der derzeitigen Realität, einen pädagogischen Auftrag nicht mehr erfüllen zu können, lassen mich die Gesprächspartnerinnen deutlich spüren. Es wird klar, dass das Goethchen kleinste Kinder auf den Übergang in die Kindergärten anders vorbereitet, als es vor Corona möglich gewesen ist. Als Beispiele werden die Sprachentwicklung und das Erlernen sozialer Handlungskompetenzen erwähnt. Die Organisation des Tagesablaufes hat mehr Zeit eingenommen, als für frühe Bildung zur Verfügung stand. Es ist einfach nicht mehr alles angeboten worden – Erprobungsräume für das gesellschaftliche, freie Miteinander sind verloren gegangen. Das häufig erwähnte ‚Brennglas Corona‘ streitet in dieser Runde niemand ab. Der bisher gezahlte Preis ist hoch

und lässt sich kaum in seinen Auswirkungen mit Blick auf die Zukunft beziffern. „Wir kennen die heranwachsende Generation nicht“, so die gemeinschaftliche Aussage der Mitarbeiterinnen.

Wertschätzung zu allen Seiten

Bemerkenswert ist die Tatsache, dass es angesichts der beschriebenen Lage keinen Verweis meiner Gesprächspartnerinnen auf die besondere Benachteiligung ihres eigenen Bereichs gibt (Selbstmitleid Fehlanzeige!). Vielmehr verorten sie ihre Situation im Abgleich mit anderen pädagogischen Bereichen und beziehen Stellung zu allgemeingültigen Forderungen: „Klatschen vom Balkon ist eine Klatsche ins Gesicht aller – unterbezahlten – Fachkräfte in Pflege, Erziehung, Schule und Jugendförderung“. Die Mitarbeiterinnen fragen sich, warum jetzt nicht die Chance ergriffen wird, die Gehälter endlich anzupassen, um der nachweislich verschärften Personalsituation endlich entgegen zu wirken. Um es hervorzuheben: Bildung wird im Goethchen als Kette verstanden und die Prägung aus der Kindergruppe heraus wird sich ein Leben lang nachvollziehen lassen. Sei es in der Lebensgestaltung, in der Berufswahl oder in der Entscheidung, welchen Stand in der Gesellschaft ein heranwachsendes Kind einnehmen wird. Und folglich bewerten die Kolleginnen den Auftrag, den pädagogische Fachkräfte gemeinsam erfüllen, als einen unfassbar wertvollen. Für alle. ■



Problem
Fachkräfte-
mangel



05

Basteln fördert die Koordination.

Kinder lernen sich besser zu konzentrieren.

Aber nur dann, wenn eine pädagogisch gute Anleitung mit dabei ist.

Foto: Susanne Carstensen

„Unter permanentem Druck“

Der Personalrat von KiTa Bremen kämpft um bessere Arbeitsbedingungen bei den Erzieher:innen

Grit Wetjen ist Personalratsvorsitzende. Sie hat dem Bildungsmagazin über die derzeitige Situation in den Kinderbetreuungseinrichtungen des städtischen Trägers berichtet. Dort sind 2.400 Kolleg:innen beschäftigt, die 9.000 Kinder im Alter von einem bis vierzehn Jahren betreuen, erziehen und bilden.



Die derzeitige Situation der Kolleg:innen ist sehr angespannt, die Nerven liegen blank. Durch die Pandemie und die damit verbundene, erhebliche Mehrarbeit fühlen sie sich physisch und psychisch hoch belastet. Die hohe Anzahl der von der Omikron-Variante betroffenen Kinder und Kolleg:innen verschärft die Lage noch einmal mehr. Und es ist kein Ende in Sicht! Zwar fallen keine Überstunden an, dafür sind die Kolleg:innen jedoch dem permanenten Druck durch die viel komplizierter gewordene Kommunikation mit den Eltern ausgesetzt. Die Eltern dürfen die Einrichtungen nicht betreten und müssen wegen der sich ständig verändernden Corona-Regeln immer wieder neu informiert werden. Auch die pädagogischen Abläufe in der KiTa müssen laufend der schwierigen Situation angepasst werden. All diese Einflüsse erschweren die eigentliche pädagogische Arbeit mit den Kindern erheblich. In dieser coronageprägten Legislaturperiode des Personalrates KiTa Bremen haben wir zumindest für die Kolleg:innen erreicht, dass die Einrichtungen jetzt digital besser aufgestellt sind. Pro Kita sind zwei Endgeräte Standard. Das ist immer noch nicht ausreichend, aber es ein kleiner Schritt nach vorne. Durch die ersten beiden Lockdown-Zeiten hat sich gezeigt, dass die durch Corona erzwungenen kleineren Gruppen vor allem für die Kinder mit Förderbedarf von Vorteil waren.

Stellen bleiben unbesetzt

Die vorgegebenen Betreuungsschlüssel werden weitgehend eingehalten, aber durch den Fachkräftemangel können wir nicht immer alle Stellen besetzen. Es darf nicht lockergelassen werden weiter für Kolleginnen und Kollegen zu werben, damit sie in den Beruf einsteigen. Dazu dienen neu geschaffene Ausbil-

dungsmodelle wie Weiterqualifizierung von sozialpädagogischen Assistent:innen, Praxisintegrierte Ausbildung sowie eine zusätzliche finanzielle Unterstützung für die schulische Ausbildung. Das ist ein Schritt nach vorne. Trotzdem fehlen weiterhin viele Erzieher:innen. Das ist sehr bedauerlich, denn es zeichnet sich nicht nur für Bremen, sondern bundesweit ein riesiges Problem ab.

„... natürlich ist die Stimmung vor Ort durch den Fachkräftemangel nicht gut.“

Das Land-Stadt-Gefälle

Wir geben uns alle große Mühe unsere Berufssparte wieder attraktiver zu machen. Aber natürlich ist die Stimmung vor Ort durch den Fachkräftemangel nicht gut. Das Land-Stadt-Gefälle, die Konkurrenz unter den Trägern sowie die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten einer Erzieher:in auch in anderen Bereichen tragen zu hoher Fluktuation bei. Der Personalrat hat sich neben der Akquirierung von Fachkräften unter anderem zum Ziel gesetzt, dass für Kinder mit Unterstützungs- und Hilfebedarf trotz fehlender Mittel eine bessere Konstellation erreicht wird. Weiterhin liegt dem Personalrat das Thema Gesundheitsschutz – und das auch schon vor Corona – sehr am Herzen. Die weitere Verbesserung der Digitalisierung behalten wir im Blick. Zu allen Punkten sind wir laufend im Gespräch. Die Kommunikation mit dem Arbeitgeber ist insgesamt gegeben, aber derzeit schwierig, denn nach einem Senator:innenwechsel werden die Karten neu gemischt.

Entlastungstag angebracht

Angesichts der fordernden Gesamtsituation halten wir es für angebracht unseren Kolleginnen und Kollegen eine Entlastung zu verschaffen. Ein zusätzlicher freier Tag pro Jahr könnte hier ein Zeichen der Wertschätzung sein. Dieses gilt es durchzusetzen. Selbstverständlich schaffen wir das nicht allein. Für die Umsetzung unserer Ziele brauchen wir den konstruktiven Austausch mit Politik und die Gewerkschaftsarbeit. Nur gemeinsam sind wir stark. ■

(aufgezeichnet von Karsten Krüger)

Qualitätsdebatte nicht dem Virus opfern

Kita-Politik: Ein Beitrag zur notwendigen Debatte um bessere Arbeitsbedingungen zugunsten frühkindlicher Bildung

Von *Christian Gloede*, Vorsitzender Mitarbeitendenvertretung (MAV) zentraler Kitas der Bremischen Evangelischen Kirche und verdi-Tarifbotschafter

Kita trotz(t) Corona: „Kitas unter Pandemiebedingungen“ dominiert die aktuelle Debatte. Aber die besten Coronaregeln tragen nicht dazu bei, den Kita-Alltag im Sinne besserer Arbeitsbedingungen und damit einer besseren Qualität frühkindlicher Bildung nachhaltig zu verändern. Kita-Beschäftigte sind kampferprobt; und erfolgreich, wenn sie die Interessen anderer gleich mit vertreten: Die Impfpriorisierung erfolgte vor allem deshalb, weil Eltern -und zwar nicht nur der

und Impfpflichtbefürworter*innen, „Schwurbler*innen“ und „Sorgetragenden“ belasten in einigen Kitas das Klima unerträglich; gefälschte Impfausweise oder Atteste führten bereits zu Kündigungen oder deren Androhung. Die Angst einiger nicht geimpfter Kolleg*innen vor „selbst verschuldeter Quarantäne“ mit der Konsequenz des Lohnverlustes nimmt zu – schlägt aber zahlenmäßig in der Gesamtbetrachtung derzeit nicht wirklich zu Buche.

„Die Personaldecke ist so dünn, dass Qualifizierungen und Fortbildungen nicht wahrgenommen werden können/dürfen.“

Systemrelevanz (heute: kritische Infrastruktur) - dringlichst offene Kitas brauchten. Qualität von Kinderbetreuung, in diesem Land historisch eher eine neuzeitliche Wortschöpfung, trat in kürzester pandemischer Zeit in den Hintergrund...

Hier hätten deutlichere Worte auch der Gewerkschaften gut getan: Wer, wenn nicht sie, muss das dialektische Verhältnis zwischen guter (frühkindlicher) Bildung und Arbeitsbedingungen auf die Agenda setzen?! Die Pandemie jedoch entfaltet Brennglaswirkung: Es lodern die Flammen dort, wo sie vorher noch im Stadium der leisen Glut glommen.

Belastetes Kita-Klima

Aktuell haben wir eine Testpflicht für Kinder durchgesetzt; demnächst gilt die „einrichtungsbezogene Impfpflicht“ in Kitas, wo Teilhabe und Frühförderung umgesetzt wird, also für Frühförderfachkräfte, Therapeut*innen, persönliche Assistenzen.¹ Die tägliche Balance zwischen eigener Gesundheitsfürsorge, elterlichen Ansprüchen an Betreuung und der versuchten Umsetzung eines Bildungsanspruches treibt viel Kolleg*innen an den Rand der Belastung, einige darüber hinaus.

Ganz andere Balanceakte zwischen Maskenverweiger*innen

Dünne Personaldecke

Konfrontiert seit Monaten nur mit Erwartungen und Problemen, selten mit Lösungen: So steigt die Zahl nicht besetzter Stellen wie auch die der Krankmeldungen (mit oder an Corona). Die Personaldecke ist so dünn, dass Qualifizierungen und Fortbildungen nicht wahrgenommen werden können/dürfen. Vertretungsreserven sind quasi überall erschöpft. Zeiten für Vorbereitung oder Entwicklungsgespräche werden dem Gruppendienst „geopfert“. Frust über nicht erreichte Ansprüche macht sich zunehmend breit. Hinzu kommt in vielen Kitas eine unzureichende Netzanbindung: WhatsApp-Dialoge statt Videokonferenzen, aber auch Dienstbesprechungen über „Homeoffice“ auf privaten Geräten.

Was tun?

Wir sind am Anfang der Tarifrunde für den Sozial- und Erziehungsdienst (SuE), Verhandlungstermine Februar, März und April. Aktuell geht es mal nicht um Lohnerhöhungen. Im Zentrum stehen die grundsätzliche Eingruppierung (alle sozialpädagogischen Fachkräfte zum Beispiel sollen in die S8b!) sowie endlich eine tarifliche und verbindliche Verankerung von mittelbarer



Toben macht Spass

Die motorische Entwicklung wird gefördert.
Aber nur dann, wenn jemand ein Auge darauf hat.

Foto: Susanne Carstensen

Problem
Fachkräfte-
mangel



06

Arbeitszeit. Hier fordern Fachwissenschaft wie Gewerkschaften 20–25 Prozent des Arbeitsvolumens für Vor-, Nachbereitungs- wie Kooperationszeiten. Und gern im „Homeoffice“, damit die Kolleg*innen nicht doch wieder in die Gruppen zitiert werden.

Breite Unterstützung nötig

Doch ohne die zusätzliche Gewinnung und Qualifizierung von Fachkräften und Stundenentlastung für Anleitung und Begleitung bleibt alles nichts. Dies ist zwingend nötig, um letztlich die überbordende Belastung der Kolleg*innen in den Kitas zu überwinden und ihre Gesundheit (und damit Arbeitskraft!) zu erhalten!² Um diese Auseinandersetzung für eine zukunftsfähige frühkindliche Bildung und grundlegend neue, bessere Arbeitsbedingungen³ zu gewinnen, braucht es Unterstützer*innen aus allen Bereichen der Gesellschaft. Dies wird kein Selbstlauf. Es wird auch Arbeitskämpfmaßnahmen brauchen, die von allen Beschäftigten unterstützt werden sollten, mindestens durch eine Gewerkschaftsmitgliedschaft. ■

- 1 In einer Kitalandschaft wie in Bremen, die sich seit Jahrzehnten einer im Vergleich zum Rest der Republik aweitgehenden Inklusion -ungeachtet ihrer unzureichenden Ausstattung- verschrieben hat, mutet es etwas widersprüchlich an, Teilhabeschaffende und Fördernde nur als „geimpft“ beschäftigen zu dürfen, während das Kita-Stammpersonal „nur“ getestet sein muss...
- 2 das * steht hier eher für das Prinzip Hoffnung. Der Anteil von nicht weiblichen Beschäftigten ist nach wie vor gering – wie im gesamten Bereich der sog. Care-Berufe. Insofern ist es nur folgerichtig, den 8. März als möglichen Aktionstag in diese Tarifrunde einzubeziehen und hier auch Bündnispartner*innen aus den feministischen Gruppen zu mobilisieren und mit ihnen zusammenzuarbeiten.
- 3 In Anbetracht massenhaft fehlender Kitaplätze und des Ausbaus von Ganztagschulen verzichte ich hier auf die eigentlich notwendige Forderung nach Reduzierung der Gruppengrößen



Christian Gloede

„Viele Angebote müssen ausfallen“

Kita-Situation in Bremen: Die GEW Bremen lud zu einem Onlinetreffen und Beschäftigte diskutierten

Die Arbeitsbedingungen in den Kinderbetreuungseinrichtungen sind – besonders jetzt in Coronazeiten – nicht optimal und die Herausforderungen für die Beschäftigten entsprechend groß. Der Fachkräftemangel vergrößert die bestehenden Probleme noch zusätzlich. Zwei Beispiele dokumentieren die derzeit oft schwierige Lage.

Thomas Garz arbeitet in einer Kita in Bremen-Nord:

„Ich bin seit längerem krankgeschrieben. Das geht mir nicht alleine so. Es sind eigentlich immer so drei bis vier Kolleg:innen krank. Und da unser Personalbestand auch nicht so riesig ist, macht sich das bemerkbar. Wir hatten mal an die 100 Kinder, jetzt nach einer Gruppenauflösung sind es 75 bis 80, auch weil ein Raum plötzlich nicht mehr für die Betreuung geeignet ist.

Alltag einfinden. Kita Bremen ist ja der Träger, der eine sogenannte Grundversorgung übernimmt. Manche Träger nehmen nicht alle Kinder auf. Wir nehmen sie alle und das ist auch in Ordnung so. Dadurch ist aber der Betreuungsschlüssel von vor 1990 nicht mehr der Situation angemessen.

Unsere Kita hat ein offenes Konzept mit viel Partizipation für die Kinder, aber viele Angebote und Kooperationen mussten zuletzt ausfallen. Das Einzige, was wir noch machen konnten, waren Ausflüge zu unserer Kita-Parzelle.

Normalerweise haben wir immer um 7.45 Uhr ein Briefing, wo alles für den Tag, die Woche oder länger geplant und besprochen wird. Das ging wegen der Pandemie lange nicht. Wir sind alle so ein bisschen entkoppelt. Das ist schwierig, so zu arbeiten. Wir konnten uns wegen der Kohortenregelung nicht mehr

„Es gibt nur wenig Planungssicherheit für den Jahresablauf, das hat mich frustriert. Die Motivation ist schon ab und zu auf einem Tiefpunkt.“

Das hat die Baubehörde nach Jahrzehnten herausgefunden. Wegen der Gruppenauflösung mussten neue Teams gebildet werden, die sich erst zusammenrücken müssen. Ich arbeite mit zwei Kolleginnen im Team. Wir haben aber fast noch nie in der ganzen Zeit ab Anfang 2020 komplett zusammengearbeitet. Es gab in der Coronazeit immer wieder Umbesetzungen, aber nur wenn die Kolleg:innen in der gleichen Kohorte waren ging das. Da entsteht natürlich eine Menge Unruhe im Betrieb. Und das ging auch nicht immer ohne Unstimmigkeiten oder Missverständnisse untereinander ab. Es ist eine sehr angespannte Situation. Ich habe, weil ich jetzt schon länger fehle, ein schlechtes Gewissen. Aber ich kann es nicht ändern.

Wir haben bei uns nicht nur einfache Kinder. Es gibt auch schon welche, die sind aggressiv gegenüber sich selbst oder den anderen. Einige Kinder ohne deutsche Muttersprache verstehen uns kaum und können sich nicht so leicht in den

gegenseitig vertreten. Das macht es kompliziert und nervig. Es gibt nur wenig Planungssicherheit für den Jahresablauf, das hat mich frustriert. Die Motivation ist schon ab und zu auf einem Tiefpunkt. Dabei möchte ich, dass die Kinder Spaß haben und viele Möglichkeiten zum freien Lernen haben.

Stefan Heesch arbeitet als persönliche Hilfe bei der Lebenshilfe im Hort eines Kinder- und Familienzentrums von Kita Bremen. Er betreut eine Siebenjährige im Rollstuhl, unterstützt seine Hortkolleg:innen aber auch bei allen pädagogischen Arbeiten: „Wir haben eigentlich eine gut funktionierende Gruppe, sind aber derzeit in einer Notbetreuung, weil eine Kollegin ausgefallen ist. Aus zwei Gruppen mit je 20 Kindern wurde eine. In dieser Gruppe sind die Kinder, die am bedürftigsten oder zuerst angemeldet worden sind. Sie werden eigentlich von zwei Personen betreut. Üblich ist eine Erzieher:in und eine



Sich wundern und der Aha-Effekt.

Kinder nehmen Wertvolles im Alltag wahr und spüren das Besondere auf.
Aber nur dann, wenn die Überraschungseffekte gut vorbereitet sind.

Foto: Susanne Carstensen

Problem
Fachkräfte-
mangel



07

Sozial- oder Integrationspädagog:in. Ende Januar waren wir mit mir, der ja eigentlich nur für ein Kind zuständig ist, nur zu zweit. Der Krankenstand ist – auch vor der Coronazeit – immer recht hoch. Nicht zuletzt, weil die Kinder häufig krank in die Kita kommen und wir einfach eng am Kind arbeiten. Und dazu ist es eine anstrengende und schwere Arbeit, die körperlich und psychisch belastet. Das Arbeitsklima ist dennoch gut. Wir arbeiten seit November mit Maske. Das ist körperlich super anstrengend, zumal man es nicht schafft, zwischendurch einmal rauszugehen. Offiziell soll man nach 45 Minuten ja für 15 Minuten durchatmen, das geht bei uns derzeit gar nicht. Wir öffnen die Fenster und Türen so oft es geht, aber es bleibt schwierig, die Pausen einzuhalten.

Mehr Personal würde auf jeden Fall helfen, wenigstens ein, zwei Leute mehr. Ich halte es für wichtig, in Kita und Hort Angebote zu machen. Ich mache freiwillig Musikangebote und erzähle einmal pro Woche Geschichten. Diese Angebote müssen aber

oft ausfallen, weil es organisatorisch nicht geht.

Wir arbeiten in einem Container. Probleme mit der Elektrik gab es, das Licht geht oft nicht. Im Herbst war die Heizung kaputt, sie wurde aber schnell repariert. Im Container zu arbeiten – das ist einfach schwierig. Bei einer anderen Kita, bei der ich davor gearbeitet habe, ist eine der beiden Küchentüren rausgefallen. Die musste zugeschraubt werden. Ein Jahr verging, ohne das ein Handwerker vorbeikam. Insgesamt gibt es viele Probleme. An vielen Gebäuden müsste viel mehr gemacht werden. Es ist angenehm bei der GEW-Gesprächsrunde einmal alles erzählen zu können. Ich habe Glück, dass ich mich mit meiner Frau, die in der Jugendhilfe arbeitet, austauschen kann. Ich weiß, dass aber viele Kolleg:innen allein nach Hause kommen und den ganzen Kram mit sich schleppen. Ich habe an der Onlinediskussion gerne teilgenommen, weil es explizit eine Runde für Kitabeschäftigte war.“

(aufgezeichnet von Karsten Krüger)

Beteiligt Euch kämpferisch an der Tarifrunde!

GEW-Forderungen für die weitere Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes

Am 25. Februar werden die Verhandlungen für den nächsten Schritt zur Aufwertung des kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) wieder aufgenommen. Es geht um die Eingruppierung der rund 250.000 Beschäftigten in kommunalen Kitas und sozialen Einrichtungen. Auch die Schulsozialarbeit und Ganztagsbetreuung in den Schulen liegt vielerorts in kommunalen Händen. Die gemeinsamen gewerkschaftlichen Forderungen wurden im Dezember 2021 beschlossen. Die GEW ruft ihre Mitglieder auf, sich zu ihrer Durchsetzung aktiv an der Tarifrunde zu beteiligen.

Ziele aktualisiert und erweitert

Nach der großen Aufwertungsrunde 2015 sollte die Eingruppierung der SuE-Beschäftigten ab Sommer 2020 erneut verhandelt werden. Ein erstes Vorgespräch hatte bereits im März 2020 stattgefunden, die Verhandlungen wurden dann aber pandemiebedingt umgehend wieder ausgesetzt. Seitdem ist Pause. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben die Zeit gut genutzt, um die Forderungen für den nächsten Schritt zur Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes noch einmal zu aktualisieren und zu erweitern. Die Sonderregelungen für den Sozial- und Erziehungsdienst im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sind mit Wirkung zum 31. Dezember 2021 gekündigt.

Um welche Beschäftigten geht es? Die Tarifverhandlungen im Frühjahr 2022 betreffen etwa 250.000 Beschäftigte in kommunalen Kitas, von denen die Mehrheit Erzieherinnen und Erzieher sind. Hinzu kommen Sozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Sozialpädagoginnen und -pädagogen, die in Jugendhilfe, Sozialarbeit und Beratung arbeiten. Auch zahlreiche Heilpädagoginnen und -pädagogen sowie die Beschäftigten in der Behindertenhilfe, in Wohnheimen und in der Betreuung und Begleitung gehören dazu. Die Forderungen sind vielfältig. Seit mittlerweile knapp drei Jahrzehnten gilt zwischen ver.di (und der Vorgängergewerkschaft ÖTV) und der GEW eine Kooperationsvereinbarung für die Tarifarbeit im öffentlichen Dienst. Nach dieser liegt die Verhandlungsführung (außer bei Lehrkräften) bei ver.di. Die gewerkschaftlichen Forderungen

spiegeln die fachlichen und politischen Diskussionen der vergangenen Jahre wider. Nun heißt es, diese Forderungen gegenüber den kommunalen Arbeitgebern durchzusetzen.

Die Forderungen im Einzelnen:

1. Verbesserung der Eingruppierungsmerkmale, insbesondere durch Eingruppierung der Tätigkeit der Kinderpfleger*in/ Sozialassistent*in in die Entgeltgruppe (EG) S 4; Reguläre Eingruppierung der Erzieher*in in die EG S 8b; Abbildung der pädagogischen Tätigkeiten im offenen Ganztag.
2. Verbesserung der Eingruppierung der Beschäftigten im Bereich der Sozialarbeit durch Gleichstellung mit vergleichbaren Studienniveaus sowie Ausbringen neuer Merkmale für die Schulsozialarbeit.
3. Schaffung weiterer Merkmale ab EG S 17 für Tätigkeiten in der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen und in der Leitungstätigkeit.
4. Anpassung der Stufenlaufzeiten an die allgemeinen Regelungen und Öffnung der Stufen 5 und 6 für alle Entgeltgruppen im Sozial- und Erziehungsdienst
5. Anpassung der Eingruppierung der Kita-Leitungen an die vorhandenen Anforderungen.
6. Stellvertretende Leitungen verbindlich vorsehen und Festlegung der Mindesteingruppierung in die EG S 11a.
7. Anpassung der Bedingungen, vor allem unter Berücksichtigung der gesetzlichen Anforderungen durch das Bundesteilhabegesetz durch z.B.
 - Aufnahme der Berufsbezeichnungen Arbeitserzieher*in, geprüfte Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung (gFAB) und der Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung mit Sonderpädagogischer Zusatzausbildung (FAB mit SPZ);
 - Eingruppierung der Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung und pädagogischer Qualifikation in die EG S 8b;
 - Bessere Bewertung der Tätigkeit Beschäftigter im handwerklichen Erziehungsdienst durch Eingruppierung in die EG S 7;
 - Berücksichtigung der Tätigkeit der Schulassistent/Schulbegleitung sowie weiterer Assistentztätigkeiten und Eingruppierung entsprechend des Anforderungsprofils;



Still sein fördert das richtige Zuhören.

Kinder können dann besser beobachten, Gedanken sammeln, Zusammenhänge erkennen. Aber nur dann, wenn es bewusst angeboten und oft geübt wird.

Foto: Susanne Carstensen

Problem
Fachkräfte-
mangel



08

- Umbenennung der monatlichen Heimzulage in eine Zulage Wohnen und Erhöhung auf 150 Euro;
 - Regelungen zur Vergütung während der Ausbildung zur Heilerziehungspflege (HEP).
8. Rechtsanspruch auf Qualifizierung für alle Beschäftigten, z.B. von Kinderpfleger*innen und Sozialassistent*innen zu Erzieher*innen.
 9. Qualität der Arbeit verbessern und Entlastung der Beschäftigten erreichen durch:
 - Ausdehnung der Vorbereitungszeit, um mehr Zeit für die mittelbare pädagogische Arbeit zu haben;
 - Einführung von Entlastungstagen durch ein Konsequenzenmanagement.
 10. Anerkennung der Berufstätigkeit und der bei anderen Trägern erworbenen Berufserfahrung.
 11. Qualifizierung und angemessene Vergütung für Praxisanleitung sowie die Ausstattung mit Zeitkontingenten.

Aufwertung braucht gute Rahmenbedingungen Der Sozial- und Erziehungsdienst hat echte Wertschätzung und damit eine Aufwertung verdient. Deshalb sind die GEW und ihre Mitglieder Teil dieser wichtigen Tarifrunde zur Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes. Es ist notwendig, dass sich nicht nur die tariflichen Regelungen für die Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst verbessern. Denn nur wenn auch die Rahmenbedingungen stimmen, ist die Aufwertung des Sozial- und Erziehungsdienstes komplett. Deshalb diskutiert die GEW mit Politikerinnen und Politikern die Fragen für ein echtes bundesweites KiTa-Qualitätsgesetz und die Entwicklung hin zu hochwertigen Ganztagschulen mit einer starken Schulsozialarbeit. Die GEW setzt sich für die Weiterentwicklung einer fachlich fundierten, praxisnahen und tariflich bezahlten Ausbildung staatlich anerkannter Erzieher*innen ein. Die GEW als Bildungsgewerkschaft hat gute Antworten und Ideen auf diese Fragen. Denn eins ist klar: eine Medaille hat immer zwei Seiten: gute Bezahlung und gute (Arbeits)Bedingungen. Die GEW kann beides. ■

Ausruhen entspannt.

Kinder können eine Balance zwischen Bewegung und Freiheit, Ruhe und Geborgenheit herstellen. Aber nur dann, wenn das Kita-Personal regelmäßig Pausenphasen anbieten kann.

Problem
Fachkräfte-
mangel



09

Foto: Susanne Carstensen



Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene Mitglied gibt es eine unserer Prämien.*



Powerbank Poki



Gewürzreibe von Zassenhausen



Pictures – Spiel des Jahres 2020



30-Euro-Spende



Hautfarben-Stifte



Thermo-Frenchpress



GEW-Bento Box



Twist & Go Edelstahl-Wasserflasche



Sandwichmaker



Büchergutschein



Weinset Lebenshilfe



30-Euro-Spende

**Neues Mitglied werben und weitere Prämien ansehen
unter: www.gew.de/praemienwerbung**

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder des GEW-Landesverbandes Niedersachsen.

**Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211**

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen:

Vorname/Name

Straße/Nr.

PLZ/Ort

GEW-Landesverband

Telefon Fax

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

Nachhilfe in Mathematik gegen Zukunftsangst?

In der (bildungs-)politischen Debatte um die Zukunft junger Menschen fällt es offensichtlich schwer, alte Bahnen zu verlassen. Aber: Es ist Zeit abzubiegen!

Von *Bernd Winkelmann*



Bernd Winkelmann, ehemaliger Landesvorstandssprecher und GEW-Urgestein

Wenn man über die Gegenwart der Kinder und Jugendlichen nachdenkt, sollte man sich dessen bewusst sein, dass in dieser Phase sehr unterschiedliche Lebensstile zum Ausdruck gebracht werden und voneinander höchst abweichende Lebenslagen wirken. Vor dem Hintergrund dieser gesellschaftlichen Realität sind dann auch die öffentlich erörterten Maßnahmen zu bewerten, welche bezo-

gen auf die Schulen wiederholt die Notwendigkeit eines Aufholens und eine Konzentration auf die Kernfächer in den Vordergrund rücken.

Damit verengt sich jedoch die Zuschreibung dessen, was Schule leisten kann: Wissensvermittlung und Selektionsfunktion werden akzentuiert, mithin der zu erbringende Output – im Übrigen durchaus unterstützt durch Petitionen von Eltern („Digitaler Unterricht“) und Abiturient*innen („Abi 2020 ... Durchschnittsabitur“) (vgl. Labede und Idel 2020). „Es geht“, so folgern die Autoren, „eher um Systemaufrechterhaltung als um die je konkrete Lebensbewältigung der Subjekte“ (ebenda, S. 5). Von einem Abbiegen ist erst einmal nichts zu erkennen.

Jugend während der Pandemie

Entgegen so mancher Berichterstattung verhalten sich die Jugendlichen in ihrer großen Mehrheit verantwortungsbewusst, rücksichtsvoll und schränken sich vor allem hinsichtlich des

eigenen Freizeitverhaltens gezielt ein. Es bleibt allerdings ein gutes Viertel aus diesem Personenkreis, das sich Hygienevorschriften und einschränkenden Regeln nicht unterwirft (vgl. Schnetzer, Hurrelmann 2020).

Was in dieser Zeit in einem erheblichen Umfang generell um sich greift, sind negative Gefühle der Angst und Verunsicherung, ihrerseits verbunden mit Sorgen um die Zukunft: Schulausbildung, Beruf, finanzielle Absicherung, aber auch Vereinsamung spielen eine gewichtige Rolle. So werden psychische Auswirkungen u.a. durch Schulschließungen beschrieben. Zusammenfassend lässt sich ein „Absturz des Optimismus“ (vgl. Bullan 2021a) ermitteln – und dies ist kein gutes Zwischenfazit.

Jugend im Grundsatz

Nun benötigen Heranwachsende nicht nur Zuversicht, aber auch: Schließlich müssen sie sich „wesentlichen Entwicklungsaufgaben und Herausforderungen“ (Ottersbach 2018, S. 333) stellen. Diese werden in entsprechenden Veröffentlichungen beschrieben als „Erlangen einer Allgemeinbildung und berufliche Handlungsfähigkeit ... Ausbalancieren zwischen individueller Freiheit und sozialer Zugehörigkeit ... und ... Übernahme der Verantwortung für sich selbst“ (ebenda).

Mit diesen mit den Begriffen „Qualifizierung“, „Selbstpositionierung“ und „Verselbstständigung“ benannten Anforderungen treffen die Jugendlichen auf eine Welt, die sich zunehmend ausdifferenziert und ein gesteigertes Maß an Reflexion erfordert. Auf dieser Ebene der Betrachtung moderner Gesellschaften lassen sich dann Kennzeichen wie „Individualisierung“, „Pluralisierung“ und „Globalisierung“ ausmachen, die oftmals nicht nur komplexer, sondern auch widersprüchlicher Natur sind. Nur zwei Beispiele: Viele, auch ungeahnte Informationen sind stetig verfügbar, man muss aber einschätzen, ob sie sinnvoll



Gruppenarbeit ist in der Corona-Zeit selten möglich gewesen. (Foto: Susanne Carstensen)

oder wertlos sind. Globalisierung hat die soziale Ungleichheit verstärkt, kulturell jedoch größere Vielfalt ermöglicht (vergl. Ebenda, S. 335/336).

Abschließend ist dann noch zu bedenken, dass diese nur angedeuteten Sachverhalte lediglich Möglichkeiten darstellen, denn die jeweilige Persönlichkeit entfaltet sich nach wie vor in der konkreten Tätigkeit der Menschen und den darin aufgehobenen sozialen Beziehungen. Einfach, das ist sicher, wird es also nicht.

Jugend meldet sich zu Wort

So lautete das allgemeine Fazit der letzten Shell-Studie vor der Pandemie aus dem Jahre 2019. Elan wurde festgestellt: Diese Gruppe der damals 12- bis 25-Jährigen artikulierte Ansprüche, forderte mehr Mitsprache und zeigte einen starken Sinn für Gerechtigkeit (vergl. Albert u.a. 2019, S. 13). Nach den leistungswilligen Babyboomern, der vom neoliberalen Durchbruch geprägten Generation X, der vor allem Genuss, Konsum und Selbstverwirklichung nachgesagt wird, und den technikaffinen Millennials stabilisierten sich bei Jugendlichen politisches Interesse und die Zufriedenheit mit der Demokratie (vergl. ebenda).

Nun leben wir seit nahezu zwei Jahren in einer bislang unbekanntenen Situation. So sehr die „Generation Merkel“ (Koopmann 2021) und die „Generation Greta“ (Hurrelmann 2019) nachwirken, so einschneidend haben die Auswirkungen der Corona-Monate gerade die Entwicklungsphasen junger Men-

schen geprägt. Zurecht sind die verpassten Chancen aus der Zeit der Kanzlerin in dem oben genannten Artikel aufgelistet worden, der fehlende Zugang zu Bildung, die mangelnde Rentenperspektive, die Inkonsequenz beim Klimaschutz stehen an vorderer Stelle.

Heute nun befinden sich gerade Menschen, die vor wichtigen Übergängen in die Ausbildung, ins Studium oder in den Beruf stehen, in einer Situation, „als würde jemand immer wieder, sobald sie ... einen Plan fassen, die Reset-Taste drücken und sie zum Anfang zurück schicken“ (Schnetzer 2022). Das führt zu Gefühlen des Verlustes von Kontrolle über das eigene Leben und schwindendem Vertrauen in die Gesellschaft.

Können Greta und ihre Gefolgsleute in ihrer kritischen, herausfordernden und aktiven Art helfen, aus „geplatzten Träumen“ (ebenda) tragfähige Perspektiven aufzubauen? Eine „neue“ Zukunft jedenfalls wird stattfinden, am besten gezielt geformt unter menschenwürdigen Kriterien.

Jugend und ihre Einstellungen

Unabhängig von den aktuell prägenden Erfahrungen sind Forschungsergebnisse der jüngeren Vergangenheit durchaus erhellend, insbesondere, da sie einen Einblick in die Vielschichtigkeit der Haltungen junger Menschen „zwischen Weltoffenheit und Populismus“ (Albert u.a. 2019, S. 16) geben. „Populistische Argumentationsmuster“, so eine zentrale Aussage, „erweisen sich grundsätzlich auch bei Jugendlichen als anschlussfähig“ (ebenda): 24% der Befragten seien „Populismus geneigt“, 9% „nationalpopulistisch“ (vergl. Ebenda, S. 17).



„Es ist Zeit, nicht nur den Blinker zu setzen, sondern tatsächlich abzubiegen. Denn „Aufholen“ muss die Gesellschaft an ganz anderer Stelle, bei den Fachkräften, der Attraktivität pädagogischer Berufe und dem Bildungsverständnis.“

Ihnen zu Grunde liegt u.a. ein verbreitetes Empfinden von Benachteiligung, von fehlender sozialer Gerechtigkeit und des Übergangenswerdens. Nun setzen entsprechende Positionen mehr affektiv als kognitiv reflektierend an, beziehen sich auf die geschilderten Ängste und Vorbehalte, bilden allerdings nicht zwingend stabile Überzeugungen (vergl. Ebenda, S. 16).

Dies macht zumindest ein wenig Hoffnung und trifft auf eine gestiegene Anzahl von Jugendlichen, denen es wichtig ist, sich selber politisch einzusetzen (vergl. Bullan 2021b, S. 13) und die bereit sind, „sich für eine lebenswerte Zukunft zu engagieren“ (Schnetzer, Hurrelmann 2021, S. 8). Womit sie allerdings wenig anfangen können, sind Parteien und Politiker*innen: Verdrossenheit ihnen gegenüber, wenig Vertrauen in sie und große Distanz sind kennzeichnend, kein Wunder, wenn man sie als „bürokratisch, behäbig, wenig transparent“ (Hurrelmann 2019, S. 2) einschätzt.

Diszipliniert haben viele Jugendliche ihren Beitrag zur Eindämmung der Pandemie geleistet, sind zu wesentlichen Entscheidungen, die sie betrafen, aber nicht befragt worden und deshalb mit ihrer Geduld am Ende (vergl. Schnetzer, Hurrelmann 2021).

Jugend und Bildung

Der Unmut ist berechtigt. Dabei können Bildungsinstitutionen mit einem ganzen Repertoire an Einwirkungsmöglichkeiten die Ausbildung von Subjektivität prägen. Nach der langen Zeit des Zurücksteckens Jugendlicher ist es nun an der (Erwachsenen-)Gesellschaft sich auf die Aufgabe zu konzentrieren, Bildungsprozesse mehr denn je unabhängig vom Elternstatus zu gewährleisten.

Dies gelingt bislang nicht einmal zufriedenstellend. In einer ernüchternden Studie kommt Helbig zu dem Schluss, dass es „keine realistischen Konzepte dafür gibt, den verpassten Schulstoff aufzuholen“ (Helbig 2021, S. 130). Darüber hinaus problematisiert er die Orientierung politischer Entscheidungen am „normativ Wünschenswerte(n)“ (ebenda) im Sinne versetzungs- und abschlussrelevanter Fächer sowie der Basiskompetenzen in Mathematik und im Lesen. Er warnt

ausdrücklich vor einer „Verkürzung der Multidimensionalität“ (ebenda, S. 135) bei der Einschätzung der Pandemiefolgen. Wenngleich die soziale Lage der Familien maßgeblich den Umfang der Lernrückstände beeinflusst, müssten Faktoren wie Familiensprache, Schulform, Klassenstufe, Lehrstoff und Personal u.a. unbedingt berücksichtigt werden.

Insofern sind die staatlichen Programme im Bundesland Bremen hinsichtlich ihres Verweises auf handlungs- und projektorientierten Unterricht in sprachanregenden Lernumgebungen an außerschulischen Lernorten in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern sowie des Einbezugs psychosozialer Unterstützung unbedingt zu begrüßen (vergl. Schulamts Bremerhaven 2021, auch: Die Senatorin für Kinder und Bildung 2021). Bei entsprechender Umsetzung würde gerade die Sozialisationsfunktion von Schule die notwendige Beachtung finden und eine Reduzierung auf „Matheaufgaben“ vermieden.

Jugend und Gewerkschaft

Nimmt man die Definition von Jugend aus der Shell-Studie (bis 25 Jahre) zum Maßstab, dann beträgt der Anteil dieser Altersgruppe in der GEW Bremen 0,97%. Fasst man die Spanne mit bis zu 30 Jahren etwas weiter, so steigert sich dieser auf 7,15%. Die (auch noch etwas älteren) Jungen sind unsere Zukunft, das ist sicher. Nur einige mehr innerhalb der GEW sollten es schon werden. Deshalb folgen an dieser Stelle drei Anmerkungen mit Blick auf unsere Organisation.

Erstens: Das politische Interesse junger Menschen ist wieder gestiegen. Was ihnen allerdings fehlt, sei eine ‚Zielscheibe‘, ein politisches ‚Feindbild‘. Verantwortliche ‚Schuldige‘ seien nicht auszumachen (vergl. Schnetzer, Hurrelmann 2021, S. 7). Auch wenn die Verfasser ganz vorsichtig mit Führungszeichen agieren, so können wir als Gewerkschaft bei einem solchen inhaltlichen Befund doch ansetzen und Fragen von Macht, verschiedenen Interessen und Herrschaft aufnehmen und beantworten. Bei vielen jungen Aktivist*innen ist von „Systemwechsel“ die Rede. Das dürfte ein Ansatzpunkt sein, auch wenn noch nicht ausgemacht ist, wie grundlegend dieser ausfallen soll.

Zweitens: Junge Protestierende, wie oftmals auch Jugendkul-



Gute Laune zu behalten war nicht immer einfach. (Foto: Susanne Carstensen)

turen generell, distanzieren sich explizit von (Partei-)Politik. In ihren Bewegungen „ermächtigen sie sich ... selbst als legitime Sprecherinnen und Sprecher über politische Inhalte“ (Lüders 2021, S. 24). Neben anderem wollen sie ernsthaft beteiligt werden am Diskurs über politische Entscheidungen, insbesondere zu internationaler Gerechtigkeit, einem besseren gesellschaftlichen Miteinander und gegen Diskriminierung. Von den Alten wird Ehrlichkeit, Authentizität und Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse erwartet. Da könnte auch unsere Gewerkschaft ansetzen.

Drittens: Etablierte Formen von Politikgestaltung werden zum Teil vernichtend beurteilt: lahm, verträöstend, wirkungslos. Auch Projekte und Zukunftswerkstätten verlaufen sich rasch, weil bei aller Kreativität die Überführung in die alltägliche Arbeit oftmals nicht gelingt (vergl. Schnetzer, Hurrelmann 2021, S. 9). Junge Menschen müssen also dort in einer Gewerkschaft mitmachen, wo sie mitentscheiden können, über Inhalte und Formen. Gelungene Beispiele gibt es dafür auch in unserem Landesverband, mit denen Bildung zu einem unübersehbaren Thema gemacht wurde. Daran werden wir anknüpfen. Wir haben es schon lange geahnt: Es ist Zeit, nicht nur den Blinker zu setzen, sondern tatsächlich abzubiegen. Denn „Aufholen“ muss die Gesellschaft an ganz anderer Stelle, bei den Fachkräften, der Attraktivität pädagogischer Berufe und dem Bildungsverständnis (vergl. GEW Bremerhaven 2021). Das dürfte in einschlägigen Kreisen generationenübergreifend auf Zustimmung stoßen. ■

Quellen:

- Albert u.a. (2019): Jugend 2019 – Eine Generation meldet sich zu Wort, 18. Shell Jugendstudie, Zusammenfassung, Hamburg
- Bullan (2021a): Jugend, Corona, Alltagsbewusstsein, in: Sozialismus, Heft 1
- Bullan (2021b): Fridays for Future als Vorfeldorganisation der Grünen?, in: Sozialismus, Heft 7/8
- Die Senatorin für Kinder und Bildung (2021): Vereinbarung zur Umsetzung des „Aktionsprogramms Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ für die Jahre 2021 und 2022 von Bund und Ländern, Bremen
- GEW Bremerhaven (2021): So sieht's aus – im Frühjahr 2021: „Zeit zum Aufholen!“, Stadtverbandsinfo 6
- Helbig (2021): Lernrückstände nach Corona – und wie weiter?, in: DDS, Beiheft 18
- Hurrelmann (2019): „Ich würde von einer Generation Greta sprechen“, Zeit Online vom 15.10.19
- Koopmann (2021): Generation Merkel, in: Süddeutsche Zeitung vom 4./5.12.21
- Labede und Idel (2020): Schülerin- und Schüler-Sein in Zeiten pandemiebedingten Schulausfalls, in: datum&diskurs #3, Flensburg
- Lüders (2021): Protest als Ressource, in: Aus Politik und Zeitgeschehen, Heft 38/39, Bonn
- Ottersbach (2018): Jugendliche, in: Handbuch Kritische Pädagogik, Weinheim, Basel
- Schnetzer, Hurrelmann (2020): Jugend und Corona, Kempten
- Schnetzer, Hurrelmann (2021): Jugend 2021. Pandemie, Protest, Partizipation, in: Aus Politik und Zeitgeschehen, Heft 38/39, Bonn
- Schnetzer (2022): Generation Reset – Übersicht unter: <https://simon-schnetzer.com/generation-reset>, Zugriff am 5.1.22
- Schulamt Bremerhaven (2021): Schulbetrieb nach coronabedingtem Wechselunterricht ab dem Schuljahr 2021/2022, Bremerhaven

Befreiung und Nationalismus

Der Widerstand gegen die Apartheid und die nationale Frage im ANC.
Zweiter Teil

Von *Werner Pfau*

Auf Twitter und in den Talkshows reüssiert im Moment die postkoloniale Mode einer starren Gegenüberstellung 'schwarzer' und 'weißer' Kultur. Gemäß einem moralisierenden Narrativ bestand die europäische Expansion wesentlich in einer Überwältigung der einen durch die andere. Dabei zeigt die reale Geschichte der (De)-Kolonialisierung das reine Gegenteil, nämlich einen beständigen kulturellen Austausch, der gerade auf der Seite der Unterdrückten zu synkretistischer Verschmelzung und Rekombination von eigenen Traditionselementen mit neuen Ideen führt, vor allem aber zur Umdeutung der dominanten kolonialen Ideologien im Sinne einer Emanzipation von europäischer Herrschaft. Gerade die bedeutendste Organisation im Kampf gegen die Apartheid, der Afrikanische Nationalkongress (ANC), ist ein Exempel dafür.

Von der Mitsprache zur Umwälzung

In seinem Bildungsprozess 1912 war er durch das Vorbild des Indischen Nationalkongresses inspiriert: Wie bei diesem in seinen Anfängen war auch hier eine kleine Gruppe gebildeter schwarzer Honoratioren aus einflussreichen Familien prägend, die durch den Beweis ihrer Ebenbürtigkeit mit den Weißen an deren Herrschaft partizipieren wollte. Dies änderte sich nach dem Zweiten Weltkrieg, als eine radikalere junge Generation von Funktionären zur Macht drängte, allen voran Nelson Mandela. Obwohl auch er Sproß eines bekannten Xhosa-Clans war, verwarf er das Buhlen um Anerkennung bei den Herrschenden zugunsten der Forderung nach Demokratisierung Südafrikas auf nationaler Basis. Sozialisiert in christlichem, wenngleich befreiungstheologisch gewendetem Geist, ermutigt durch Befreiungskämpfe anderswo und die Atlantik-Charta von 1942, glaubte Mandela das Ende kolonialer Unterdrückung gekommen.

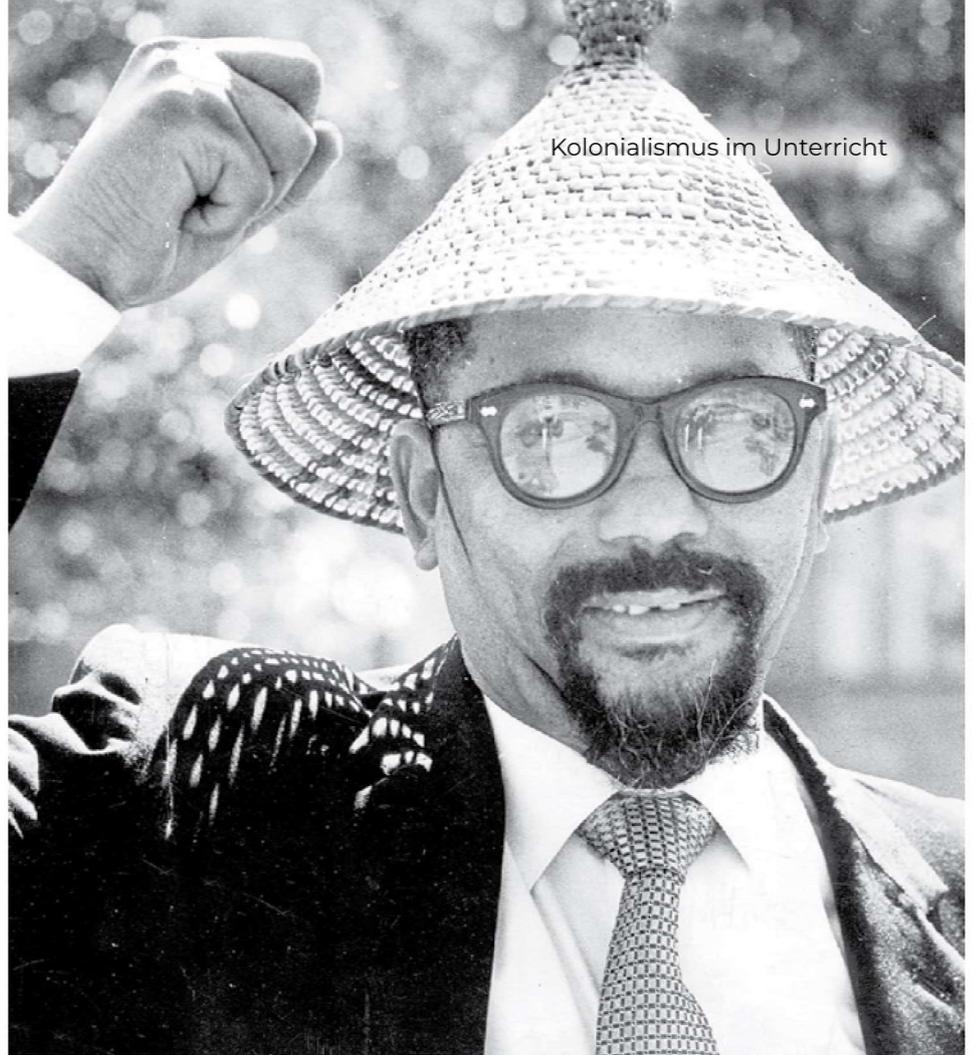
Kein Weg zurück

Der Abschied von der Akzeptanz britischer oder burischer Vorherrschaft hieß umgekehrt nicht Rückkehr zur vorkolonialen autochthonen Traditionen. Das Streben nach Unabhängigkeit wird vielmehr von dem Wunsch getrieben, an den Segnungen

der Moderne teilzuhaben – aus ihr war schließlich den Kolonialmächten die militärische und technologische Überlegenheit erwachsen, mit der sich eine ganze Welt unterwerfen ließ. Wollte man gleichziehen, galt es die Voraussetzungen für eine Blüte von Industrie und Wissenschaft auch im eigenen Land zu schaffen, das bislang aus kolonialen Kalkulationen heraus im unterentwickelten Status gehalten wurde. Aus dem Mund des kurzzeitigen ANC-Vorsitzenden Anton Lembede klang das 1945 so: „Es ist die Wissenschaft, die uns helfen wird, uns dem westlichen Lebensstandard anzunähern und den Nebel von Ignoranz und Aberglauben zu zerstreuen.“

Das europäische Modell der Nation

Auf der Suche nach Leitideen orientierte man sich am Nationalstaat europäischer Prägung. Überkommene Elemente eigener Kultur werden als rückständig verworfen, wo sie der Aufklärung widersprechen, etwa die auch in Afrika verbreiteten Hexenjagden oder Formen der Sklaverei. Wo sie sich in die neue Zeit integrieren lassen, sind sie willkommen als Demonstrationsobjekte gegen kolonialen Überlegenheitsdünkel oder werden als kulturelle Symbole künftiger nationaler Einheit neu interpretiert. Lembede, oben noch Parteigänger der Wissenschaft, fällt auf einmal in eine obskure Diktion, wenn er das kulturell Eigene anspricht: „The African natives (...) live and move and have their being in the spirit of Africa, in short, they are one with Africa.“ Die beschworene *unio mystica* zwischen dem afrikanischen Volk und seinem heiligen Boden soll Stammeskonflikte überwinden; ironischerweise ist gerade die gedankliche Konstruktion einer solchen vorstaatlichen kulturellen Volkseinheit ein ideologisches Importprodukt aus Europa, wo schon im 19. Jahrhundert der Cheruskerfürst Arminius zum 'ersten Deutschen' gekürt werden musste, um gemeinsamen Wurzeln für den kleindeutschen Nationalstaat zu fingieren. Begriffe wie der einer 'nationalen Renaissance' folgen derselben (Un-)Logik: Als ob die Idee der Nation nicht durch den Kolonialismus überhaupt ins Land gekommen sei, sondern schon vorher dort existiert habe und nun gewissermaßen aus historischem Schlummer erwache.



Walter Sisulu: Kommunist im ANC

Sprachpolitische Verwerfungen

Diese Ambiguität gegenüber eigenem Traditionsgut spiegelt sich exemplarisch im Verhältnis zur Sprache: Der Wortschatz der Stammesdialekte wird zwar für eingängige Parolen bemüht – etwa das bekannte 'Amandla! Kraft – taugt aber nicht als Nationalsprache. So zufällig wie die nach kolonialen Kriegen gezogenen Grenzen, so zufällig war gerade in Afrika oft die ethnische Zusammensetzung der darin lebenden Gruppen. Die Sprache der Kolonialmacht als Lingua franca zu übernehmen, war eine diplomatische Form, tribale Rivalitäten zu vermeiden. Auch im bekannten Soweto-Aufstand 1976 kämpften erboste Jugendliche zwar gegen die Verpflichtung auf Afrikaans als Unterrichtssprache, taten dies jedoch nicht zu Gunsten ihrer jeweiligen afrikanischen Idiome, sondern im Namen des Rechts, Englisch als Bildungssprache zu pflegen. Die Regionalsprachen der Homelands waren ja mitnichten verboten, wurden durch das Regime der Apartheid in einem bescheidenen Maß sogar gefördert: Wer sich etwa als Zulu fühlte, würde, so das politische Kalkül, eher dem Separatismus zuneigen als der nationalen Befreiung.

Ethnisches Nationenverständnis

Die Neuformierung des Kongresses nach 1945 führte indes zu inhaltlichen Debatten über die Frage, wie Südafrika als zukünftige 'Nation' eigentlich zu denken sei. Ein afrikanistischer Flügel, dem Lembede angehörte, verknüpfte Volkszugehörigkeit exklusiv mit schwarzer Hautfarbe. Der weißen und indischen Minderheit sollte Zugang zur Staatsbürgerschaft gleichsam als Privileg gewährt werden, sofern diese die Vorherrschaft der Schwarzen anerkenne. Im Raum stand ebenso die Möglichkeit ihrer Vertreibung. Wie bei jedem völkischen Nationalismus manifestierte sich dessen aggressive Seite im Verhältnis zu den Minderheiten: Menschen indischer Herkunft, mochten ihre Familien auch schon seit

Hundert Jahren in Südafrika leben, galten als Fremde. Mehr noch, weil etliche von ihnen im Handel tätig waren, wurde ihnen das aus dem Antisemitismus bekannte Stereotyp des Wucherers angehängt. Die Gewalt, zu der solches Denken führen muss, entlud sich in den Durban Riots vom Januar 1949, wo Schwarze ein Pogrom an hunderten indischen Geschäftsleuten und deren Familien verübten. Der afrikanistische Flügel des ANC verteidigte es zwar nicht offen, reproduzierte in seiner völkischen Ausrichtung allerdings die zugrundeliegenden Ressentiments.

Universalistisches Nationenverständnis

Gewissermaßen universalistisch war die Gegenposition: Sie verfocht das Modell eines Nationalstaates nach französischer Tradition entsprechend der Zugehörigkeit des Einzelnen zum Territorium, ohne Ansehen von Herkunft und Hautfarbe, was Menschen britischer, indischer und sogar burischer Herkunft einschloss. An der Durchsetzung dieses Universalismus keinen geringen Anteil hat eine Partei, die seit den späten fünfziger Jahren immer größeren Einfluss im ANC entfalten wird: Die Kommunistische Partei Südafrikas (SACP). Klassischer leninistischer Anschauung folgend, strebte sie eine sozialistische Gesellschaft als Endziel an, sah gleichwohl die Errichtung einer bürgerlichen Demokratie als notwendige Vorstufe dazu und den ANC als organisatorischen Rahmen dafür.



„Gedanken sind niemals das Eigentum eines Kontinents. Jeder denkende Mensch kann sie prüfen und gegebenenfalls übernehmen. Das ist das Großartige an der menschlichen Fähigkeit zur kulturellen Aneignung.“

Kommunistischer Einfluss

Kurze Zeit nach ihrer Gründung 1921 hatte sie sich und auch ihre Führungsgremien für Mitglieder aller Hautfarben geöffnet und stellte damit die einzige gemischte Gruppierung in Apartheidzeiten mit antikolonialer Ausrichtung dar. Prominente weiße Kader waren Dennis Goldberg, Joe Slovo und Ruth First, deren Familien vor dem Antisemitismus aus Europa geflüchtet waren. Als farbiges Mitglied im Zentralkomitee wurde Walter Sisulu bekannt, der zugleich repräsentativ für das kommunistische Engagement innerhalb des ANC steht, dem er bereits 1952 als Generalsekretär diente. In den Siebziger Jahren soll etwa die Hälfte der Mitglieder der ANC-Führung zugleich in der 'Partei' gewesen sein. Gerüchte über Mandelas Mitgliedschaft ließen sich nie beweisen, sein politisches Umdenken unter dem Einfluß kommunistischer Genossinnen wie Ruth First ist jedoch belegt: Er sagt sich von seiner afrikanistischen und übrigens auch antikommunistischen Haltung los und schließt sich dem universalistischen Flügel an. Das macht den Weg frei für das bekannteste Gründungsdokument des Kampfs gegen die Apartheid – die Freedom Charter.

Separatistischer Nationalismus

Mit Buthelezi und seiner Inkatha Freedom-Party erwuchs dem ANC in den Siebziger Jahren ein machtvoller Gegenspieler. Der Nachkomme eines bekannten Zulu-Hauses von angeblich königlicher Herkunft teilte anfangs die Position der Freedom-Charter, zog sich jedoch den Zorn des Nationalkongresses zu, nachdem er sich dafür hergab, das von der Regierung für die Zulu festgelegte Territorium Kwazulu Natal zu regieren. Als ideologischer Überbau seiner Präsidentschaft einschließlich der Einsetzung eines Verwandten als 'König' dienten Reminiszenzen an die glorreiche und kriegsträchtige Stammesgeschichte. Damit verstieß er gegen eine zentrale Forderung des ANC: Totalboykott der Bantustan, die nichts als ein Ausdruck des verhassten, staatlichen inszenierten Tribalismus waren. Während des Verhandlungsprozesses Ende der Achtziger versuchte Buthelezi, seinem Gebiet föderale Rechte zu verschaffen, um seine Machtposition zu sichern. Sie schien ihm gefährdet angesichts der ANC-Forderungen nach einem starken



Zentralstaat. Aus Furcht vor der landesweiten Dominanz der Xhosa schreckte er nicht davor zurück, in Verhandlungen mit der burischen Nationalen Partei und in verdeckten Aktionen mit dem Sicherheitsapparat des Staates gemeinsame Sache zu machen. Noch bis 1994 dauerten die gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Inkatha und ANC mit Tausenden von Toten. In den Hollywoodfilmen über das Ende der Apartheid kommt dieses Kapitel selten vor.

Lob der kulturellen Aneignung

Politische Schicksalsfragen entzweiten den Widerstand gegen die Apartheid also in vielerlei Hinsicht. Ethnisches Nationsverständnis brachte sich gegen universalistisches in Stellung, Tribalismen sollten überwunden werden und kehrten doch zurück. An der Frage der künftigen Wirtschaftsordnung, ob kapitalistisch oder sozialistisch, schieden sich die Geister. In keiner einzigen dieser Debatten standen sich eine abstrakt weiße europäische und eine abstrakt schwarze oder afrikanische 'Kultur' gegenüber. Eher ging es um politische und ökonomische Konzepte und Interessen. Kulturelle Prägung mochte hineinspielen, diente aber oft zur ideologischen Überhöhung der eigenen Position, wie etwa bei Buthelezis Glorifizierung der Zulu-Tradition. Wer auf einem Kreuzzug gegen 'Eurozentrismus' ist, müsste daran irre werden, dass die meisten Ideen, welche propagiert wurden, aus Europa exportiert waren, allen voran die der Nation. Dagegen spricht jedoch: Gedanken sind niemals das Eigentum eines Kontinents. Jeder denkende Mensch kann sie prüfen und gegebenenfalls übernehmen. Das ist das Großartige an der menschlichen Fähigkeit zur kulturellen Aneignung, die recht eigentlich gar keine kulturelle ist. ■

Wolf im Taubengewand

'Neuer Krefelder Appell' verkauft krude Verschwörungstheorien als Friedenspolitik

Von *Herbert Thomsen*

Erschienen im Herbst 2021, gibt der Aufruf vor, an die Friedensbewegung der Achtziger anzuknüpfen. Der Krefelder Appell von 1980 hatte sich gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa ausgesprochen. Doch liest man den 'Neuen Krefelder Appell', geht es plötzlich um die Pandemie: Verbreitet wird die Behauptung, Lockdown und Impfung seien Massenvernichtungswaffen und dahinter stecke eine Verschwörung des Davoser Weltwirtschaftsforums. Immerhin schon mehrere Tausend Unterschriften stehen darunter. Die illustre Querfront der Coronaleugnenden versammelt Leute aus der anthroposophischen Szene ebenso wie einen bekannten Islamisten, Friedensbewegte wie auch Mitglieder der Partei 'Die Basis', die Demonstrationen gegen die staatliche Seuchenbekämpfung organisiert. Unterzeichnet haben auch Menschen aus Bremen.

'Das große Reset'

In dem Text heißt es: „*Es geht zum anderen um den extrem gefährlichen Krieg gegen die Menschheit, der unter dem Deckmantel der Pandemiebekämpfung geführt wird und bereits Millionen Todesopfer gefordert hat. ... Eine noch größere Gefahr geht von der „Impf“-Kampagne aus – für Milliarden von Menschen. Dahinter steht die Strategie des „Great Reset“ des Forums der Superreichen, das sich „Weltwirtschaftsforum“ nennt, mit dem der Kapitalismus über einen gezielten Zusammenbruch und einen „Neustart“ auf eine noch perverse Stufe gehoben werden soll*“ (<https://peaceappeal21.de>). Wer bislang glaubte, Verschwörungstheorien für akademisch Gebildete müssten zwecks Glaubwürdigkeit zumindest eine gewisse Komplexität erreichen, wird eines Besseren belehrt: Das Davoser Weltwirtschaftsforum beherrscht offenbar die Welt, auch Russland und China stehen unter seiner Knute: Denn in beiden Ländern gab es Lockdowns und Impfungen. Müßig wäre auch die Frage, wo die prophezeiten Milliarden Opfer des Impfens bleiben – für Prophezeiungen braucht es eben festen Glauben. Warum die geheime Weltregierung – wenn es sie denn gäbe – nicht einfach auf bewährte Mittel wie Krieg und Vertreibung setzt: Mit solchen logischen Einwänden darf man nicht kommen, damit würde man das Konstrukt viel zu ernst nehmen.

Bremer Anthroposophen wittern bei der Impfung den Satan am Werk

Aus dem Umfeld der esoterischen „Waldorfer“ und ihrer „Christengemeinschaft“ sind gleich mehrere Unterzeichner:innen

vertreten. Dass sie wissen, was sie unterstützen, zeigt folgende Predigt, die im Gemeindebrief veröffentlicht wurde: „*Vor hundert Jahren hat Rudolf Steiner immer wieder beklagt, dass seine Zeitgenossen einen zu bequemen Blick in die Zeit pflegen, weil sie die volle Wucht des Niedergangs nicht ertragen. – Wer verstehen möchte, was die Mächtigen dieser Welt mit dem Globus vorhaben, kann derzeit das programmatische Buch „Covid-19 The Great Reset“ von Klaus Schwab, dem Gründer und Leiter des Weltwirtschaftsforums (Davos), lesen. Das Buch beschreibt eine Zukunft, wie sie die Mächtigen herbeiführen wollen. Diese Zukunft wird lange vorbereitet und hat schon begonnen.*“ Prediger Joachim Paulus hilft bei der Ursachenforschung: „*Gemäß Epheser 6 kämpfen wir nicht gegen Menschen, sondern wir wissen hinter den Menschen geistige, satanische Inspiratoren.*“ (<https://christengemeinschaft.de/gemeinden/bremen/gemeindebrief>).

Wer hat ansonsten unterzeichnet?

Zu den Erstunterzeichner:innen gehören: Der katholische 'Gelehrte' Eugen Drewermann und der impfkritische Arzt Wodarg. Dabei ist auch der treueste Verteidiger der iranischen Islamisten, Dr. Yavuz Özogüz aus Delmenhorst, der vom Kalifat von Teheran bis Delmenhorst träumt und den jährlichen Quds Marsch für die Vernichtung Israels maßgeblich unterstützt. Gisela Vormann, von den Nordbremer Bürgern gegen den Krieg und der BDS Kampagne. Der emeritierte Hochschullehrer Rudolf Bauer, der sowohl auf Veranstaltungen des Bremer Friedensforums wie auch bei Querdenkern gesprochen hat. Petra Scharrelmann, die zuletzt die Kundgebung zum Antikriegstag für das Bremer Friedensforum moderierte, sowie Georg Maria Vormschlag, ebenfalls dort aktiv. Auf der Website des Forums wurde der Aufruf bislang weder verteidigt noch kritisiert. Als ob es ihn nicht gäbe: Zeit zur Klärung? ■



Christengemeinschaft
im Osterortviertel

Freie Radikale

50 Jahre Berufsverbote: Interessiert das noch?

Von Wilfried Meyer



Freiheitlich demokratische Grundordnung, Verfassung des Staates Bundesrepublik Deutschland: Ein Gebilde von Menschenhand, nach dem Zweiten Weltkrieg mit tatkräftiger Unterstützung der Besatzungsmächte festgelegt. Nun ist es mit Gebilden von Menschenhand so, dass es auch Alternativen gibt, einen Staat zu organisieren. Den Versuch hat es in unterschiedlichen Ländern gegeben und gibt es immer noch. Sowjetunion, DDR, andere Länder im Rahmen des Ostblocks nach oder im zweiten Weltkrieg, Polen, CSSR, Albanien, Jugoslawien, Kuba, Chile... Das Bestreben in einem Land ein anderes System zu wählen als das etablierte, z.B. ein antikapitalistisches System, welches nicht auf Profit, ständiges Wachstum, für Beseitigung der Armut, für das Recht auf Enteignung von Betrieben, hoher Besteuerung von Gewinnen, wie es der jetzige Fraktionschef der SPD Kühnen in seiner Juso-Zeit dereinst formulierte, ist dieses Bestreben für den existierenden Staat schon verfassungsfeindlich und eine Straftat, wenn man dafür auf die Straße gehen würde? Wie wird der Staatsfeind definiert? Wie geht man generell mit Kritikern dieses unseres herrschenden kapitalistischen Systems um? Und darf man das noch so nennen? Sind Minderheiten und deren Meinungen durch den Staat geschützt? Wann und warum fühlt sich der herrschende Apparat bedroht und worauf stützt er sich?

Was wäre wenn?

Wir leben in einer parlamentarischen Demokratie, in der gewählte Abgeordnete in Wahlen ein Mandat bekommen, das Volk zu repräsentieren, also einer repräsentativen Demokratie. Wie verhält sich der Staatsdiener heute, wenn die Volksvertreter, seiner Meinung nach, das Volk nicht mehr vertreten (würden), sondern sich dessen vermeintlicher Kontrolle entziehen, den Bezug zur Wirklichkeit und zu Sorgen und Nöten der Bevölkerung verloren haben. Wie steht es dann mit der Treue zum Staat? Oder haben nicht gerade demokratisch gesinnte Beamte den Auftrag, dies immer wieder anzumachen und sich im Zweifel für die Interessen der Bevölkerung einzusetzen? Angenommen, wir hätten in Deutschland eine starke sozialistische, kommunistische Organisation/Partei, die ganz andere Ziele formulieren würde als das was uns

die Politiker manchmal bieten. Würde der demokratische Staat sie bespitzeln, der Verfassungsschutz sie beobachten, der Beamtenapparat versuchen, sie nicht einzustellen als Lehrkräfte, Polizeibedienstete, Feuerwehrleute? Ich wäre mir nicht so sicher in der Beantwortung dieser Frage.

Meinungsrecht in Gefahr?

So lange Politik ausreicht, um die Menschen mit anderen Dingen wie Konsum, Unterhaltung, Sport, Urlaub und Freizeitgestaltung zu beschäftigen, solange in vielen Bereichen, auch und gerade in der Schule, die Misere noch nicht zum Zusammenbruch von Systemen führt, solange mag man sich hinstellen wie zum Beispiel Frau Merkel es tat und behaupten, dass „es allen gut geht“. Aber ob das auf Dauer gutgeht? Oder aktuelles Beispiel der „Spaziergänge“ gegen Maßnahmen aus dem „Infektionsschutzgesetz“: Gibt es ein Recht auf Versammlung und Meinungsäußerung, welches der Staat schützt? Darf er es einschränken? Schützt er andere Meinungen? Gilt es, dass Freiheit immer die Freiheit der Andersdenkenden ist?

Offene und politische Debatte

Sich zu freuen über die Abschaffung des Radikalenerlasses von 1972 ist eine Sache, die andere ist der Einsatz für demokratische Rechte, damit es nie wieder dazu kommen kann. Und dafür ist eine offene, politische Debatte Voraussetzung, in der Meinungen angehört und ausgehalten werden müssen. Und diese muss selbstverständlich auch in der Schule stattfinden. ■

„Dann ist der Rausschmiss nur ein Klacks“

Die Anwendung des Radikalenerlasses am Beispiel meiner Entlassung

Von *Barbara Larisch*

Wie so ein Berufsverbot auf der Grundlage des Radikalenerlasses einen großen Teil des Lebens eines Menschen bestimmen kann, lässt sich gut am Ablauf der Ereignisse nachvollziehen:

Mein Entlassungsverfahren (Grund: Unterstützung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland – KBW) zog sich von der Aufforderung zum ersten Dienstgespräch bis zur endgültigen Entlassung von 1975 bis 1981 hin, die juristischen und politischen Auseinandersetzungen um die Wiedereinstellung von 1981 bis 1985. Im Endeffekt kam es nie zur Wiedereinstellung zu den Bedingungen, wie sie vorher waren. Zunächst gab es 1985 über einen gerichtlichen Vergleich (Arbeitsgericht) eine halbe Angestelltenstelle und erst nach einigen Jahren durch ein persönliches Gespräch mit dem dann zuständigen Bildungssenator Henning Scherf die zweite halbe Stelle. Insgesamt waren im Laufe der Jahre fünf (!) Bildungssenator:innen mit der Angelegenheit beschäftigt: Thape, Franke, von Hassel, Scherf, Kahrs.

Vehementer Kampf

Im Laufe des Verfahrens waren es leider dieselben Personen, die einerseits als GEW-Funktionäre den Ausschluss aus der GEW auf der Grundlage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse und andererseits als leitende Mitarbeiter der senatorischen Behörde die Entlassung betrieben und schließlich durchsetzten. Am Rande einer Delegiertenkonferenz des GEW-Bezirks Bremen-Ost kündigte der dortige Vorsitzende Mews offen vor etlichen Kolleg:innen der von der Entlassung bedrohten Lehrerin an: „Erst werfen wir Sie aus der GEW raus, dann ist der Rausschmiss aus dem Schuldienst nur noch ein Klacks!“ Als Landesschulrat hat er das später zusammen mit anderen Behördenvertretern wahr gemacht.



Dass es allerdings dann doch noch sehr schwierig für die Bildungsbehörde wurde, diese Entlassung zu realisieren, ist dem vehementen und ausdauernden Kampf der Schule und vieler GEW-Mitglieder zu verdanken, die sich sowohl gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse als auch gegen den Radikalenerlass wandten. Sie vertraten den Standpunkt, dass der Dienstherr kein Recht habe, den Bediensteten hinterher zu schnüffeln und ihnen das Recht auf Meinungs-, Versammlungs- sowie Organisationsfreiheit zu verwehren. Es gab Konferenzbeschlüsse, Demonstrationen, Petitionen und eine überaus geschlossene Haltung der gesamten Schule der Betroffenen, der Gesamtschule Bremen Ost (GSO), Eltern, Schülerschaft, Kollegium, Schulleitung. Aber auch Organisationen, Institutionen, Pastor:innen und Medien stellten sich an meine Seite.

Nullabrechnung im Brieffach

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre wurden die meisten Entlassungen aus dem bremischen Schuldienst durchgeführt. Trotz vehementer Kämpfe an der GSO kam auch mein Entlassungsbescheid im November 1979 gegen Ende der Mutterschutzfrist. Die Schule befürchtete, dass der Vollzug der Entlassung zum 31.12. geplant sei, und alle kündigten an, nicht in die Weihnachtsferien zu gehen, sondern das Fest in der GSO zu verbringen, um die Lehrerin an der Schule zu halten. Dies bewirkte, dass der Senat zusichern musste, vom üblichen Sofortvollzug abzusehen, solange die Entlassung nicht gerichtlich bestätigt war. Es folgten zwei schwierige Jahre des Prozessführens. Nach der zweiten Instanz, die vor dem Oberverwaltungsgericht (ohne mündliche Verhandlung) verloren wurde, gab es am 7.12.1981 meine Nullabrechnung des Gehaltes im Brieffach im Lehrer:innenzimmer. Damit teilte die senatorische Behörde mit, dass ich entlassen war.



Das Thema Berufsverbote bewegte die Massen (Fotos: Privat)

„...am 7.12.1981 gab es meine Nullabrechnung des Gehaltes im Brieffach im Lehrer:innenzimmer. Damit teilte die senatorische Behörde mit, dass ich entlassen war. Das entsprach einem Vorgang, mit dem man einen Stuhl aus dem Bestand streicht.“

Das entsprach einem Vorgang, mit dem man einen Stuhl aus dem Bestand streicht.

Arbeitsgericht und Angestelltenvertrag

Heftige Auseinandersetzungen und Demonstrationen, die dann folgten, konnten die Rücknahme dieser Entlassung nicht erreichen. Auch die GEW schaltete sich wieder ein: Die BLZ 2/82 titelte mit einer Persiflage auf den das Berufsverbot schließlich praktisch durchsetzenden Senator von Hassel und berichtete in etlichen Artikeln über meinen Fall. Auch in den Folgejahren gab es immer wieder Veröffentlichungen der GEW in Bremen zu dem Thema Berufsverbote.

Als 1984 und 1985 zwei Prozesse vor dem Bremer Arbeitsgericht in Sachen Ebba van Ohlen-Linke und Barbara Larisch zu Angestelltenverträgen der beiden Lehrerinnen führten, nahm das die GEW Bremen in einem behördenkritischen Kommentar in der

BLZ auf. Als ich nach vielen Umwegen wieder im bremischen Schuldienst arbeiten „durfte“, wurde ich von GEW-Vorstandsmitgliedern gebeten, wieder Mitglied zu werden. Seitdem erinnert die GEW an die Notwendigkeit der Rücknahme des Radikalenerlasses. Zum 40. Jahrestag nahm der Hauptvorstand auf einer bundesweiten Veranstaltung in Göttingen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse offiziell zurück. Gleichzeitig gab es einen Beschluss der Bremischen Bürgerschaft, die hiesigen „Richtlinien zur Feststellung der Verfassungstreue ...“ aufzuheben und mit den Betroffenen „einen ideellen Abschluss zu finden“. Für vier dieser Betroffenen wurden in Bremen die Berufsverbotsjahre bei der Berechnung der VBL-Rente nachträglich berücksichtigt, was sicherlich keine wirkliche Wiedergutmachung ist, aber tatsächlich einen ideellen Abschluss bedeutet. ■



„Ungenügend“ statt „Sehr gut“

Wie ein Berufsverbot erfolgreich verhindert wurde

Von Frank Behrens

Mai 1973: Gerade hatten die beiden Gutachter zum Abschluss der Zweiten Lehrerprüfung meine Examensarbeit mit der Note „Sehr gut“ bewertet, da erklärte der Oberschulrat als Prüfungsvorsitzender seinen Widerspruch wegen „verfassungsrechtlicher Bedenken“. In der Folge benotete das Landesprüfungsamt einige Monate später die Arbeit mit „Ungenügend“ um. Begründung: Ich hätte meine Schüler*innen „indoktriniert“, Teile der Arbeit seien „verfassungsfeindlich“, insbesondere die Forderung, „nach Überführung von Produktionsmitteln in sozialistisches Eigentum“. In der Öffentlichkeit wurde sehr schnell Bezug genommen auf den 1972 von den Ministerpräsidenten und Bundeskanzler Willi Brandt beschlossenen „Extremistenbeschluss“. Eltern meiner Schüler*innen und Kolleg*innen protestierten in Leserbriefen und Zeitungsannoncen gegen diese Maßnahme und machten deutlich, dass es eigentlich um Behrens Mitgliedschaft in der DKP gehe. Vehement wiesen Magistrat und der Bildungssenator Thape in einer „7 Punkte Erklärung“ diesen Verdacht zurück und behaupteten, dass die Mitgliedschaft keine Rolle spielen würde. Doch diese Haltung „korrigierten“ sie bald.

„DKP Mitgliedschaft reicht!“

1975: Schnell griff der Bremerhavener Magistrat den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts im „Berufsverbotsfall Anne Lenhard“ auf, das neben „körperlicher Behinderung“ und „intellektueller Unfähigkeit“ auch wegen Zugehörigkeit „zu einer verfassungsfeindlichen Partei“ ein Bewerber für den öffentlichen Dienst als „ungeeignet“ abgewiesen werden kann. Der Magistrat veranlasste meine Entlassungsverfügung. Dagegen legte ich beim Verwaltungsgericht Bremen Widerspruch ein. Personalrat und Einigungsstelle widersprachen ebenfalls erfolgreich. Nun versuchte der Magistrat auf dem dienstrechtlichen Weg sich durchzusetzen und ordnete „den sofortigen Vollzug der Entlassung“ an. Auch dieses Ansinnen wies das Verwaltungsgericht zurück.

Nach zehn Jahren zum Beamten auf Lebenszeit ernannt

1979: Seit 1973 erlebte ich starke solidarische Unterstützung von vielen Personen, Organisationen und Einrichtungen, nach anfänglichen Auseinandersetzungen auch von der GEW und natürlich von den Komitees gegen Berufsverbote. Letztere hatten sich mittlerweile in vielen Städten gebildet und gaben dem Widerstand gegen diese drohende antidemokratische Entwicklung ein Gesicht. Vielfältige Aktivitäten wie Unterschriftenlisten, großformatige Zeitungsanzeigen, öffentliche Protestaktionen, aber auch Gutachten renommierter Pädagogen und Wissenschaftler trugen maßgeblich dazu bei, dass der Bremerhavener Magistrat im März 1979 seinen Widerspruch gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts zurücknahm, die noch laufenden Disziplinarmaßnahmen einstellte und mich zum Beamten auf Lebenszeit ernannte.

50 Jahre danach

Vorweg erst einmal die Gewissheit: Ich hatte Glück, dass ich 1972 bereits im vierten Jahr als Lehrer arbeiten konnte. Somit auch solidarische Unterstützung durch Schüler*innen, Eltern, Kolleg*innen viel leichter zustande kam als für diejenigen, denen in den folgenden Berufsverbotsjahren die Einstellung in den Schuldienst bzw. öffentlichen Dienst verweigert wurde. Zum andern begünstigte die Besonderheit „meines Falles“ eher Öffentlichkeit als die späteren Fälle mit der nun neuen Praxis von Regelanfragen, Anhörungen und „Vorfeldbespitzelung“.

Auch heute finde ich mein damaliges Vorhaben, ein Unterrichtsprojekt mit jungen Schüler*innen zu einem relevanten Inhalt („Arbeit“) mit (damals) neuen unterrichtlichen Formen und Methoden unter Einbeziehung der Eltern (Partizipation) zu entwickeln richtig und als pädagogische Herausforderung auch nach einem halben Jahrhundert noch lohnend. Dabei würde ich allerdings meinen damaligen Ansatz, dieses Projekt insbesondere herzuleiten aus den Erkenntnissen einer marxistisch orientierten Wissenschaft heute sicher vielfältig erweitert





Sympathiebekundungen für Lehrer Behrens (Foto: Privat)

werden, z.B. durch neue Erkenntnisse von Hirn- und Lernforschung, durch die Anforderung von Inklusion. Offen für mich bleibt dabei aber, ob einer der zentralen Ausgangspunkte meiner Arbeit, die „Parteilichkeit“ des Lehrers, der Lehrerin bzw. der pädagogischen Mitarbeiter*in legitim ist und wie diese heute zu definieren sei. Da setze ich auf Fragen und Antworten der neuen Generationen der im Schuldienst Tätigen und freue mich über jede Anregung und pädagogische Weiterentwicklung.

Konkrete Verhalten als Leitlinie

Dass darüber hinaus sich allen Formen ungerechter Disziplinierung, antidemokratischer Bespitzelung und Berufsverbots zu widersetzen ist, finde ich selbstredend. In diesem Zusammenhang ist auch nicht hilfreich, wenn die Ampel-Regierung in der Koalitionsvereinbarung andeutet, dass sie mit einem ähnlichen, allgemeinen Instrumentarium versuchen will, dieses Mal rechte Kräfte aus dem öffentlichen Dienst fernzuhalten oder sie zu entlassen. Meines Erachtens kann nur das jeweils konkrete, gegen das Grundgesetz verstoßende, Verhalten die Leitlinie für Sanktionen oder auch für Entlassungen sein. ■

Ein Aufruf zur Denunziation

Oberschulrat Eisenhauer und sein besessener Kampf

Von Kalle Koke

„Sie haben im Februar 1975 an einer Vietnamveranstaltung des Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) und am 1. Mai 1975 an der KBW-Maidemonstration teilgenommen. Sie haben am 22. Mai 1975 vor dem Bremer Hauptbahnhof die Kommunistische Volkszeitung (KVZ), das KBW-Zentralorgan, verkauft. Sie haben mit anderen Lehrkräften am 8. August 1975 eine ‚Information über die laufenden Disziplinierungen von Bremer Lehrern‘ herausgegeben. Was wollten Sie damit erreichen?“ Diese und ähnliche Fragen sollten in sogenannten Dienstgesprächen zwischen dem Schulaufsichtsbeamten und der betroffenen Lehrkraft erörtert werden. Ein Rechtsanwalt sollte nicht anwesend sein, da das Gespräch in ‚vertrauensvoller‘ Atmosphäre stattfinden sollte. Der Katalog von Fragen, den mir Oberschulrat Eisenhauer vorlegte, umfasste 17 Fragen, die in dem Dienstgespräch einzeln abgearbeitet wurden.

Nicht ohne Rechtsanwalt

Das im Juni 1975 von Eisenhauer angeordnete Dienstgespräch konnte aber nach meinem Widerspruch erst im November stattfinden, nachdem in zweiter Instanz das Oberverwaltungsgericht Bremen entschieden hatte, dass ein Rechtsanwalt beim Dienstgespräch zuzulassen sei. Die Senatskommission für das Personalwesen hatte Widerspruch gegen die Anwesenheit eines Rechtsanwalts beim Dienstgespräch eingelegt, scheiterte beim Verwaltungsgericht und auch in der Berufung vor dem Oberverwaltungsgericht. Wie wichtig der Beistand eines Rechtsanwalts war, habe ich bei dem Gespräch erfahren, wenn der Rechtsanwalt nach Rücksprache mit mir Fragen abwies oder modifizierte, um dem Inquisitor kein Einfallstor zu bieten, das mich in eine verzwickte Lage gebracht hätte. Zweck eines solchen Gesprächs war weniger das rechtliche Gehör (stimmen

die vom Verfassungsschutz der Behörde mitgeteilten Erkenntnisse?), sondern vor allem das Aushorchen über Gesinnung und Auffassungen des Bewerbers. Somit würden weitere Fakten geschaffen, die dann zur Verwendung für die Bewährungsbeurteilung herangezogen würden. Weigerte sich der Betroffene solche Ausforschungsfragen zu beantworten, war es auch zu seinem Nachteil: dann verblieben eben weiterhin Zweifel am jederzeitigen Eintritt für die freiheitliche Grundordnung.

Hatz auf Kollegen

Es mussten aber gerichtsverwertbare Tätigkeiten sein, die von der Behörde gesammelt und vor den Gerichten Bestand haben sollten. Demnach musste der Kreis der potentiellen Informanten der Behörde vergrößert werden. Die Hatz auf Kollegen, deren Verfassungstreue bezweifelt wurde, sollte intensiviert werden. Oberschulrat Eisenhauer, seinerzeit Leiter der Schulaufsicht, war geradezu besessen davon, solche Kollegen aufzuspüren und aus dem Schuldienst zu entlassen. Er schrieb eine Anleitung (Rundschreiben 196/75 V), den sogenannten Eisenhauer-Brief, in dem er zur Bespitzelung und Denunziation aufforderte. Es heißt dort: „Bei einer Bewährungsbeurteilung ist der Schulleiter neben eigenen Beobachtungen u.a. bei schulischen und außerschulischen öffentlichen Veranstaltungen auch auf Mitteilungen von Kollegen, Schülern und Eltern angewiesen. Hat der Schulleiter Zweifel, sollte er dem nachgehen. Je offener und direkter dies geschieht, desto schneller zerfällt der Vorwurf der ‚Schnüffelei‘ oder ‚Zuträgerei‘.“

„Trompete unter dem Arm“

Eventuelle Skrupel, die bei dem schäbigen Geschäft der Bespitzelung auftreten könnten, versuchte er zu zerstreuen, wenn es heißt: „Dieser Vorwurf der Schnüffelei ist ohnehin Ausdruck einer angsterzeugten und angsterzeugenden Tabubildung; ein solches Tabu ist aber in dem Bereich politischer Aktivität unangebracht. In dieser Hinsicht haben wir alle noch viel zu lernen.“ Wie viele Schulleiter dieser unverhohlenen Aufforderung zur Denunziation gefolgt sind, konnte man schlecht ermessen, die Mehrheit jedenfalls nicht. Mein damaliger Schulleiter Dr. Koch am Alten Gymnasium hat diesen schäbigen Ratschlag nicht befolgt, obwohl er Mitglied im ‚Bund Freiheit der Wissenschaft‘ war. Allerdings gab es einige Beispiele an der Schule, wie Denunziation in meinem Fall funktionierte. Ein Vorgang zeigte, wie Fakten geschaffen und zusammengetragen wurden: Eine Kundgebung des KBW vor der Bürgerschaft gegen Fahrpreiserhöhungen wurde von einem CDU-Abgeordneten beobachtet, der mich mit einer Trompete unter dem Arm erkannte, denn er war Elternsprecher in meiner Klasse. Er rief OSR Eisenhauer an, um ihm diese Entdeckung mitzuteilen. Dieser hielt in seiner Akte fest, dass Koke bei dieser KBW-Demonstration mitgewirkt habe. Daraus ergäbe sich, dass Koke weiterhin für den KBW aktiv sei. Diese Notiz hat Eisenhauer vergessen aus meiner Akte herauszunehmen.

„Solche Lehrer wollen wir nicht sein“

Die Empörung in den Bremer Schulen über den unsäglichen Eisenhauer-Brief war groß, denn dieser Erlass sah eine weitreichende Einschränkung der demokratischen Rechte der Lehrer vor. Der Erlass war an die Schulleiter gerichtet, den Lehrern wurde dieses für sie immens wichtige Schreiben nicht zur Kenntnis gebracht, was aber durch den Referendarrat am Studienseminar vereitelt wurde, denn er veröffentlichte dieses Dokument unter dem Titel „So nicht, Herr Eisenhauer, solche Lehrer wollen wir nicht sein! – Dokumente zur Gesinnungsschnüffelei und zum Berufsverbot.“ Senator Thape versuchte gegen die Herausgeber disziplinarrechtlich vorzugehen, denn die Veröffentlichung sei in ‚rufschädigender Absicht‘ gegenüber OSR Eisenhauer vorgenommen worden. Die Androhungen der Behörde haben im Gegenteil die eindeutige Verurteilung des Schreibens nicht verhindern können. Zahlreiche Beschlüsse wurden in GEW-Betriebsgruppen und auf Gesamtkonferenzen an vielen Schulen gefasst, die die angekündigte Praxis der Bespitzelung und Gesinnungsschnüffelei verurteilt. ■



Die Shakespeare Company erinnerte an den Radikalenerlass vor 50 Jahren und die GEW spendete Eintrittskarten. (Foto: Karsten Krüger)

Wenn eine sachliche Auseinandersetzung ins Persönliche kippt

Die Konfliktversetzung in Zusammenhang mit ethnischer Herabwürdigung / Rassismus

Von Gerd Rethmeier

Neues aus der Rechtsprechung in Bremen

Bisher war es in der Regel so: Eine beamtete Lehrerin weist in der Schule auf einen sachlichen Mangel hin, der abgestellt werden müsse. Zwei Kollegen nehmen das persönlich, fühlen sich angegriffen und es kommt zum Streit. Eine sachliche Auseinandersetzung kippt ins Persönliche, die Beteiligten sind nicht mehr in der Lage den Konflikt sachlich zu beherrschen. Nach einigem Hin und Her wird im Ergebnis dann die Kollegin, die auf den sachlichen Mangel hingewiesen hat, gegen ihren Willen an eine andere Schule versetzt. Die am Streit beteiligten Kollegen sowie der sachliche Mangel bleiben an der Schule. Eine in dieser Form ablaufende Konfliktversetzung ist in der Regel zulässig, weil ein dienstliches Bedürfnis für die Versetzung grundsätzlich bereits aufgrund der objektiven Beteiligung an einem Spannungsverhältnis zu bejahen ist, unabhängig von der Verschuldensfrage. Die Rechtsprechung machte allerdings schon immer für den Fall eine Ausnahme, indem der Konflikt von nur einer Person verursacht wurde. Dann war die Versetzung einer anderen Person meistens rechtswidrig.

Rassismus-Opfer wehrt sich

Im vorliegenden Fall wurde ein Beamter rassistisch herabgewürdigt. Unabhängige Gutachten haben dies bestätigt. Auch die angerufene Beschwerdestelle für Verletzungen nach dem Allgemeinen Gleichstellungsgesetz (AGG) bei der Senatorin für Kinder und Bildung stellte einen solchen Sachverhalt fest. Da er sich wehrte, es zum schulinternen Streit kam, wurde er gegen seinen Willen versetzt. Dennoch bewarb er sich auf eine Beförderungsstelle an seiner alten Schule. Vom Verfahren wurde er ausgeschlossen, formal aufgrund einer unterirdischen schlechten dienstlichen Beurteilung. In dieser wurde der Spieß umgedreht, sein Sich-Wehren wurde

im Grunde als ungerechtfertigter Angriff auf unbescholtene Kollegen gewertet, sein Beharren auf Klärung als störrische, den Schulfrieden gefährdende Unruhestifterei gesehen. Der Fall wird die Bremer Verwaltungsgerichte wohl noch eine Weile beschäftigen.

OVG-Entscheidung

In einer sein Bewerbungsverfahren betreffenden Entscheidung stellt das Oberverwaltungsgericht (OVG) Bremen aber unmissverständlich fest:

Wenn im Rahmen eines innerdienstlichen Konflikts Diskriminierungen und Herabwürdigung aufgrund der ethnischen Herkunft einer Beamtin oder eines Beamten eine nicht unwesentliche Rolle gespielt haben, wird es daher in der Regel nicht gerechtfertigt sein, zur Beseitigung des Spannungsverhältnisses ausgerechnet die Diskriminierte oder den Diskriminierten aus dem betroffenen Arbeitsbereich zu entfernen bzw. ihre oder seine Rückkehr dorthin durch den Ausschluss aus einem Bewerbungsverfahren zu verhindern.

Für das OVG war es hinreichend deutlich, dass die Benachteiligungen im Bewerbungsverfahren wegen der ethnischen Herkunft stattfanden.

Ein Ratschlag am Ende: In ähnlicher Weise Betroffene sollten sich natürlich zunächst an ihre Gewerkschaft wenden. Hilfreich ist auch die oben erwähnte Beschwerdestelle bei der Senatorin. Gutachten fertigt die ADA - Antidiskriminierung in der Arbeitswelt bei „Arbeit und Leben“ Bremen. ■



Internationale Lehrkräfte in den Startlöchern

GEW besucht Deutschkurs für ausländische Lehrkräfte
im Anerkennungsverfahren

Von Barbara Schüll

Im Kurs „Deutsch für Lehrkräfte aus aller Welt (C1)“ trainieren internationale Lehrkräfte die Fachsprache, die sie für den Berufsalltag brauchen. Landessvorstandssprecherin Barbara Schüll besuchte den Kurs des Netzwerks „Integration durch Qualifizierung“. Im Kurs wird schulspezifische Fachsprache trainiert, zum Beispiel wie Konflikte unter Jugendlichen moderiert, Elterngespräche professionell geführt oder Konferenzprotokolle formuliert werden können. „Außerdem setzen sich die Teilnehmenden mit der Rolle einer Lehrkraft in Bremen auseinander“, berichtet Marlene Gütt, Deutschlehrkraft im Kurs. „Diese kann ganz anders sein als die in den Herkunftsländern erlernte professionelle Berufsrolle, was sich dann auch wieder in der Sprache ausdrückt.“

Deutlicher Frust

Im Kurs wurden generelle Fragen zu Tätigkeiten, Rechtslage und verschiedenen Arbeitsverhältnissen in der Schule angeregt diskutiert. Der Frust vieler Lehrkräfte, die gerne endlich wieder in der Schule arbeiten würden, ist bemerkbar: Kursteilnehmerin Ana K.* berichtete: „Ich habe meinen Antrag auf Anerkennung vor vielen Monaten gestellt. Ich warte noch immer auf einen Bescheid – erst dann kann ich nächste Schritte planen.“ Kursteilnehmerin Damla S.* hat eigene Kinder, die in Bremen zur Schule gehen. Dabei hat sie beobachtet: „Wir sind mehrsprachige Lehrkräfte mit Berufserfahrung. Wir wollen arbeiten, dürfen es aber nicht, während meine Kinder von Lehramtsstudierenden und Seiten- oder Quereinsteigern unterrichtet werden.“ Angesichts des Lehrermangels in Bremen eine absurde Situation.

Aufwendiges Verfahren

Die Zahl der Lehrkräfte, die in Bremen das Anerkennungsverfahren erfolgreich abschließt und in den Schuldienst eintritt, ist trotz aller Bemühungen und zahlreicher Unterstützungsangebote noch gering.

Eine große Herausforderung sei der Nachweis des Deutschniveaus C2 für Lehrkräfte, berichtet Eva Raschke, Projektkoordin



natorin vom Paritätischen Bildungswerk. „Für pädagogische Berufe ist die souveräne und sensible Sprachnutzung nicht nur für die Vermittlung von Fachinhalten wichtig, sondern bildet auch die Basis für eine gelungene Beziehungsarbeit. Aber allgemeine Sprachprüfungen sind wenig aussagekräftig für die kommunikative Kompetenz im Beruf und deshalb eher eine zusätzliche Belastung“, so Raschke. Eine Fachsprachprüfung für Lehrkräfte, die im Projekt entwickelt und erprobt wurde, soll Abhilfe schaffen: Angepasst an realistische Situationen aus dem Schulalltag soll hier geprüft werden, ob eine internationale Lehrkraft angemessen mit Kolleg:innen, Eltern und Schüler:innen kommunizieren kann. Das Anerkennungsverfahren ist aufwendig und unattraktiv für die, die Familien finanziell versorgen müssen. Oft fühlen sich die Lehrkräfte durch Anforderungen wie Deutschnachweise oder ein erneutes Studium auch in ihrer Professionalität herabgesetzt. Internationale Lehrkräfte sind aber keine Bittsteller:innen, sondern könnten große Erfahrungsschätze mit an die Schulen bringen.

Geschützter Kursraum

Im Kurs wurde derweil weiter lebhaft über Pädagogik diskutiert und in berufsbezogenen Szenarien für das Schulleben in Bremen geprobt. Die Teilnehmenden wirkten souverän und zufrieden, wenn sie sich im geschützten Kursraum in die neue bzw. alte Berufsrolle hineinversetzen. Einen Wunsch hat Ana K. aber noch: „Ich möchte gerne endlich wieder unterrichten dürfen – als anerkannte Lehrkraft!“

* Die Namen wurden pseudonymisiert, die Namen der Teilnehmenden sind der Redaktion bekannt. ■

Digital aktiv im Ruhestand

Seminar: Werkzeuge und Möglichkeiten
gewinnbringend und kreativ nutzen

Von Inge Voigt-Köhler

Austausch für Frisch-Ruheständler*innen über (nicht nur) Digitales: Wer in den Ruhestand geht, kann nicht mehr eben schnell den Kollegen, die Kollegin in der Pause fragen, wie dieses oder jenes an Computer, Tablet oder Smartphone funktioniert, welches die beste oder sicherste App ist, warum dies oder jenes nicht funktioniert. Und längst nicht immer ist zu Hause jemand Passendes in der Nähe, um zu helfen. Wer auf dem Laufenden bleiben möchte, Kontakte erhalten, neue knüpfen, neue Betätigungsfelder finden und der GEW verbunden bleiben, ist hier richtig! Die GEW bietet für alle frischgebackenen oder baldigen Ruheständler*innen Möglichkeiten zum Austausch, zur Information, zur Schulung.

Breite Themenpalette

Themen können, aber müssen nicht sein: Optimale technische Ausstattung; Praktische, hilfreiche Software und ergiebige Informationsquellen (Apps und Internetangebote); Sichere Kontaktmöglichkeiten, u.a. Nutzung von Zoom, dem künftigen GEW-Video-Konferenzprogramm; kreative Nutzungsmöglichkeiten: Fotos, Filme und ihre Versandwege mit der GEW in Kontakt bleiben. Über die Nutzung digitaler Angebote hinaus gibt es vielleicht auch Themen, die für „frische“ Ruheständler*innen von Interesse sein können: Anregungen für weiteren Aktivitäten, für Ehrenämter, für Verwertung der gesammelten Berufserfahrungen. Auch die Angebote des AK Senior:innen in der GEW können vorgestellt und einbezogen werden.

Zwei Mal zwei Stunden

Zwei „Jung(un)ruheständlerinnen“ haben Lust, mit Euch ins Gespräch zu kommen und gemeinsam digitale Möglichkeiten zu ergründen: Inge Voigt-Köhler, lange Jahre Leiterin der Mediendidaktik im Zentrum für Medien, und Frauke Schüdde-Schröter, ehem. Personalrätin und GEW-Bildungsbeauftragte.

Termine: **Montag 21. März und Donnerstag 21. April 2022**
jeweils von 15 bis 17 Uhr.

Anmeldungen bei Bettina Siemers, service@gew-hb.de
oder telefonisch unter 0421-33764-32.

Gewerkschaftstags- beschlüsse helfen

VHS-Mindesthonorar jetzt bei 25,81 Euro

Von Hajo Kuckero, VHS-Kursleiterrat
und GEW-Betriebsgruppe VHS

Die Verhandlungen mit der Kulturbehörde und der VHS-Leitung sind erfolgreich abgeschlossen. Die VHS wird rückwirkend seit April 2021 die TVÖD-Erhöhung von 1,4 Prozent auszahlen und ab April 2022 die TVöD-Erhöhung von 1,8 Prozent bezahlen. Ab dann wird das VHS-Mindesthonorar dann 25,81 Euro betragen. Außerdem hat die Kulturbehörde erklärt, dass sie sich in der Pflicht sehen, die VHS-Rahmenvereinbarung auch unter den jetzigen schwierigen finanziellen Bedingungen umzusetzen. Zu diesem Ergebnis hat auch der vom GEW-Gewerkschaftstag am 23. November 2021 verabschiedete Dringlichkeitsantrag zur Unterstützung der VHS-Dozent*innen beigetragen. Weitere Initiativen und Aktionen mit dem Gewerkschaftstagsbeschluss sind daher nicht mehr notwendig. Das zeigt: alle GEW-Beschlüsse zur Unterstützung der Bremer VHS-Dozent*innen in den vergangenen Jahren waren erfolgreich und haben zu guten Ergebnissen geführt. Vielen Dank an den Gewerkschaftstag und den Landesvorstand. ■

Neuer Name: AK Zuwanderung

Der AK Gute Bildung für Geflüchtete, arbeitet bereits viele Jahre aktiv zu den Themen Flucht und Beschulung der Schüler und Schülerinnen. Seit einiger Zeit finden wir den Namen zunehmend weniger treffend. Die Gruppe der geflüchteten Schülerschaft ist deutlich kleiner geworden und aktuell setzen sich die Gruppen aus überwiegend zugewanderten Menschen zusammen. Ihre Geschichten sind deutlich anders als die, der teilweise traumatisierten, kriegsschreckten erfahrenen Schüler:innen. Das ändert nichts an der Notwendigkeit der Vorkurse, der oft fehlenden Förderung und unserem Engagement im gewerkschaftlichen Kontext. Deshalb ändern wir jetzt den Namen in AK Zuwanderung. ■

Bekenntnisse eines Zwingerhundes

Eine Antwort auf die Bekenntnisse eines Wachhundes
(Werner Pfau, bildungsmagazin 06/21)

Lieber Werner,

sehr gern würde ich mich mit dir mal wieder bei einem Bier streiten und kritische Diskussionen führen, teile aber deine Zuversicht nicht, dass wir damit warten können, bis „die letzte Welle abgeebbt ist“. Wer darauf wartet, dass keine Infektionswelle mehr kommt, das Coronavirus gar besiegt wird, hängt offenbar noch immer dem Zero-Covid Gedanken an. Es wird aber kein Leben nach Corona, nur ein Leben mit Corona geben. Dem genannten kritischen Diskurs müssen wir uns also sofort stellen, um eine freie und offene Gesellschaft vor der Errichtung einer geschlossenen und ausgrenzenden Gemeinschaft zu schützen. Wir stellen dieser Tage die Weichen für unser weiteres Zusammenleben und sollten uns schleunigst die Frage stellen, wie wir uns dieses für unsere Zukunft und die unserer Kinder wünschen.

Zunächst möchte ich aber gern die Quellen nachliefern, die dir in unserem letzten Artikel gefehlt haben. Bezüglich der Ärzt*innen, die sich kritisch zur Impfung, vor allem der der Kinder äußern, empfehle ich die Stellungnahmen von „Ärzte für Aufklärung“ und „Ärztinnen und Ärzte für individuelle Impfentscheidung e.V.“. Weiterhin lohnt der Blick auf die aktuelle Empfehlung der STIKO zur Altersgruppe der Fünf- bis Elfjährigen¹, die inhaltsgleich auch in der Empfehlung für die 12-18-Jährigen formuliert wurde. Erst nach massivem politischem und öffentlichem Druck, passte die STIKO diese Empfehlung an. Die Bewertung der Glaubwürdigkeit und Plausibilität dieser Korrektur der STIKO bleibt dabei selbstverständlich jedem selbst überlassen.

Mir ist an dieser Stelle nicht daran gelegen, zu entscheiden, welche wissenschaftliche Sicht, welches Modell oder welche Lösung richtig ist. Mir stößt aber auf, dass in der Schule kaum dieser Dissens, sondern eher ein einseitiger Konsens dargestellt und abgebildet wird.

Die Impfung wird als einziger und alternativloser Weg aus der Pandemie dargestellt. Ebenso der Umgang mit dieser Bedro-

hung durch Schulschließungen, Homeschooling, Lockdowns und die Einführung ausgrenzender 2-G-Regelungen.² Diese Darstellung ist falsch, einseitig und widerspricht jeder Vorstellung von Ausgewogenheit und Neutralität, der die Schulen sich verpflichtet haben³.

Das transportierte Mantra, die Impfung schütze nicht nur das Individuum, sondern auch die Gesellschaft, führt unter dem Banner der „Pandemie der Ungeimpften“ und dem Deckmantel der Solidarität dazu, dass Ausgrenzung und Diskriminierung (nicht nur eine angebliche) legitimiert, staatlich gefördert und nun sogar gesetzlich verankert werden. Dies geschieht, obwohl eigentlich ein wissenschaftlicher Konsens besteht, dass der Fremdschutz durch die Impfung nach kurzer Zeit nur noch so gering ist, dass sich die Solidarität einzig und allein auf die Angst vor der Überlastung der Intensivstationen eines in den letzten 20 Jahren kaputt gesparten und marktwirtschaftlichen Prozessen unterworfenen Gesundheitssystems beziehen kann. So stellt Christian Drosten bereits im November klar: „Es gibt im Moment ein Narrativ, das ich für vollkommen falsch halte: Die Pandemie der Ungeimpften. [...] Wir haben keine Pandemie der Ungeimpften, wir haben eine Pandemie“⁴. RKI-Chef Wieler erklärt eine Woche zuvor: „Das Wort Herdenimmunität haben wir gestrichen“⁵. Abschließend sei auf eine Studie der Harvard-Universität⁶ verwiesen, die keine Korrelation zwischen der Impfquote und der Entwicklung der Infektionszahlen feststellen konnte, was sich aktuell auch darin zeigt, dass Bremen sowohl Impfprimus als auch Inzidenzspitzenreiter ist (Stand: 02.01.2022). Diese Fakten müssen in der Schule abgebildet werden, um ein differenziertes Bild der aktuellen Lage zu vermitteln. Das Gegenteil findet aber in allen Bereichen der Schule statt. Entgegen der auch von dir gewünschten Aufklärung findet Werbung für die Impfung statt und der Aufbau von Druck und Zwang gegenüber den sogenannten „Ungeimpften“ wird mitgetragen und tatkräftig unterstützt. (2G-Regelungen bei Klassenfahrten, Elternabenden, Infoveranstaltungen, Exkursionen etc.)



Wir sind uns aber absolut einig in der Forderung, dass Schule eine Aufklärungsverpflichtung hat, der sie in allen Bereichen nachkommen muss. Dabei müssen Vor- und Nachteile der Impfung ebenso transportiert werden wie die gesellschaftlichen Ausgrenzungs- und Diskriminierungsprozesse, wenn sie auch negative Assoziationen wecken, oder vielleicht auch gerade deswegen. In keinem Fall aber dürfen wir diese gesellschaftlichen Prozesse in der Schule unreflektiert reproduzieren, zumindest dann nicht, wenn Einigkeit darüber besteht, dass weder die Mehrheit lernen darf, dass Ausgrenzung legitim ist, noch eine Minderheit Diskriminierungserfahrungen machen soll.

Unsere Aufgabe als Lehrerinnen und Lehrer ist es also mitnichten, ein „Spaltpilz“ zu sein, der eine Position inhaltlich und moralisch überhöht und die Gegner pauschal als „rechtspopulistisch“, „sozialdarwinistisch“ oder „esoterisch“ stigmatisiert, sondern ein differenziertes Bild zu vermitteln und Ansatzpunkte zu finden, die unsere Gesellschaft zusammenführen und nicht spalten.

Wenn die Impfung ausschließlich dazu in der Lage ist, schwere Verläufe in einem signifikanten Maß zu verringern, nicht aber Wellen zu brechen oder gar das Virus zu besiegen, verbleibt ihre gesellschaftliche Wirksamkeit in der angenommenen Entlastung des Gesundheitssystems. Die Lösung kann angesichts der hohen gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Kosten aber nicht sein, dass wir versuchen, die Bedrohung dem Gesundheitssystem anzupassen, sondern dieses der Bedrohung.

Darüber sollten wir alsbald sprechen und debattieren, um möglicherweise wieder einen politischen Nenner zu finden

und die tatsächlich Verantwortlichen daran zu erinnern, dass ihre Fürsorgepflicht nicht darin besteht, das Volk zu einer Impfung zu gängeln oder gar zu zwingen, sondern ein Gesundheitssystem vorzuhalten, das den realen aktuellen und künftigen Bedrohungen gewachsen ist.

Mit solidarischen Grüßen,
Gunnar Weber, im Namen von
35 weiteren GEW-Kolleg*innen
aus dem Bildungsbereich ■

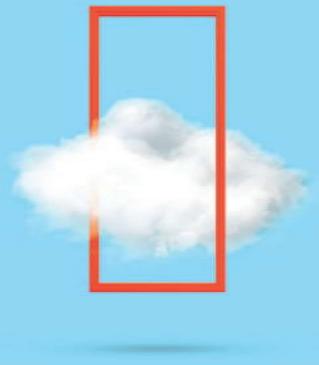


Gunnar Weber

- 1 Hier wird die Impfung nur für Kinder mit Vorerkrankungen und mit Kontakt zu Menschen mit erhöhtem Risiko empfohlen.
- 2 „Die Übertragung in Schulen spielt keine herausragende Rolle.“: Deutsches Ärzteblatt, 118 (51-52)/27.12.2021 sowie 117 (51-52)/28.12.2020
- 3 Vgl. Beutelsbacher Konsens
- 4 <https://www.merkur.de/welt/drosten-corona-news-ungeimpfte-pandemie-impfung-booster-schutz-intensivstationen-91109784.html> (Zugriff: 02.01.2022)
- 5 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article235020290/Coronavirus-Das-Wort-Herdenimmunitaet-haben-wir-gestrichen-sagt-RKI-Chef-Wieler.html> (Zugriff: 02.01.2022)
- 6 <https://link.springer.com/article/10.1007/s10654-021-00808-7> (Zugriff: 02.01.2022)

Was ist eigentlich hier los?

Heute Geschwurbel und Verschwörungstheorien ohne Antisymmetrismus und Rasenhass



Von Wilfried Meyer

Und, Kolleginnen und Kollegen, wir müssen reden. Es geht immer wieder um die von allen Mitbürgern geforderten Kompetenzen. Es trifft die Schüler*innen ja gerade in den Kompetenz-Zeugnissen ganz hart. Bekomme ich auch in Mathe und Deutsch das volle Kreuz und kann endlich aufs Gymnasium? Das macht beiden Seiten Spaß, wenn man beobachten kann, wie das Kreuz weiter und weiter nach rechts wandert. Das tun ganz andere ja auch. Mein Traum von neulich handelte von umherhechelnden Kreuzen, die sich untereinander mobbend zuriefen: du unter Mindeststandard, du primitiver Regelstand, du Loser von Minimalstandard. Was das eigentlich ist, erklärt mir die Schulleitung demnächst, jedenfalls irgendetwas um die 500 Punkte, glaub ich. Hier die heute wirklich wichtigen Kompetenzen zum Mitschwärmen.

Mathekompetenz

Man sollte sich wieder mehr Gedanken machen um Pädagogik. Wer will eigentlich was und warum erreichen? Die Schulbehörde möchte mehr Qualität, kriegt es aber selbst nicht hin, kein gutes Vorbild also. Ein Qual-Institut kommt, hat 25 Mitarbeitende, soll aber nicht mehr kosten. Hier fehlt schon die mathematische Kompetenz, es sei denn diese Auserwählten haben bis jetzt nichts getan und nichts verdient, außer Behördenapplaus. Oder fehlen dadurch woanders eventuell Leute? Ein Schelm, wer da nicht ins Rechnen kommt. Eltern-

vertreter Stuyvesant will es unbedingt mehr hybrid, die GEW will mehr mit Masken, Omikron möchte alle anstecken, die Regierung fordert mehr Panik und gern alle in Habachtstellung.

Schusskompetenz

Ein Afghanistangescheiterter General leitet den Coronakrisenstab. Kann man die Viren nicht einfach mit Drohnen aufspüren und abknallen, an Kolateralschäden haben wir uns seit Kundus schon gewöhnt. Oder kollidieren die Dinger dann mit Drohneltern-Drohnen, die die Helicopter abgelöst haben? Derweil springen die Aerosole munter in der Gegend herum, neulich von meiner Sporttasche in eine andere. Und wie hoch können die Dinger überhaupt fliegen? Wenn ich meine Hände nach dem Toilettengang wasche, was ich neuerdings ja tue, dann bin ich doch immun. Aber wie lange? Wenn ein Polizist mit einem Zollstock zur Demo kommt, will er dann die Kleinwüchsigen herausfinden? Oder er sägt abends immer einen Zentimeter ab, damit er weiß, wann wieder der Urlaub naht. Und wer gehört eigentlich zu den sogenannten „die Experten“, „die Virologen“, „die Fachleute“ und „die Epedemiologen“. Haben die keine Namen oder sollen sie anonym bleiben, um dem „Socialmedia-Terror“ zu entgehen. Und warum gibt es erst seit Herbst eine Expertenrunde? Die wurde ausgewählt, ausgesucht oder bestimmt, auch das ist nicht so klar, oder habe ich wieder nicht aufgepasst als die Kriterien im Fernsehen vorgelesen wurden.

Führungskompetenz

Madrilenen, Irländer, Spanier und die Dänen haben die Pandemie zur Endemie erklärt und, Verschwörungstheoretiker hergehört, mit der Grippe verglichen. Selbst Mann des Jahres Drosten und Impfchipverpflanzter Gates stoßen in dieses Horn. Da gleitet Deutschland mit seinen Maßnahmen und dem absoluten Durchblick allmählich ins Abseits. Helfen könnte nur ein Schulterchluss mit dem ewigen Partner Österreich, der Verpflichtet schon auf Notfallzugelassene Medikamente, bevor keiner mehr hinhört. Ja, seit Merkel weg ist, ist die Führungskompetenz zumindest umkämpft. Und die Länder, die lockern? Die spinnen doch alle, oder gehen in den Selbstmord.

Talkkompetenz

Experten für Talkshows? Wie Gesundheitsminister Klabauterbach („auch Dauerwelle genannt), der am 19.1. in der Tagesschau sagt: „Nach Einführung der Impfpflicht wird jeder freiwillig zum Impfen gehen.“ Kritiker machten daraus schon in Anlehnung an Orwells 1984 „Impfpflicht ist Impffreiheit“. Über Karl lästert Oskar, er sei die „Covidheulboje“. Ist das alles noch Satire oder kommt schon der Wahn? Aber der soll einen relativ milden Verlauf haben. Und es gibt erste Wahntestzentren, die diesmal aber nicht von der CDU über Masken gesponsert werden, sondern von der CSU. Es sind sogenannte Weißwursttestzipfel, die man sich überall hinschieben kann und



wenn man dann rot anluft, ist man für die Bayern negativ. Die Stadionbratwurst tut es auch, wenn von 237 zugelassenen Fans, jeder bei 30 Quadratmeter Platz, zwei isst, dann kann die ausgeatmete Wurstduftluft durch das Dach, welches dann in Regenbogenfarbe wechselt, ausgeatmet werden. Puh, erstmal durchatmen, aber wodurch? Und auf gutes Deutsch achten, das stärkt die nächste Pisatestung. Fragt doch einer, wenn er die beliebte deutsche Buchstabensuppe oder die ABC-Kekse wieder auskotzt, ob das dann gebrochenes Deutsch wäre. Da kommen schon Fragen hoch.

Ostkompetenz

Wenn es hier so schlimm ist und die Morderwelle noch vor uns steht, warum steht der Russe dann vor der Tür? Und warum beschwert sich Dänemark nicht bei Deutschland, wenn dieses sein Jagdgeschwader in Jagel dreissig Kilometer vor den Grenze zusammengezogen hat? Manöver und Militär im eigenen Land,

das tut man einfach nicht. Russen zieht euch nach Russland zurück?!

Ziel unserer Arbeit ist der Burger in Uniform, auch Hamburger und Bremer, die Prekarbeschaftigten aller Länder. Steht auf und hört die Signale. Was will man denn aus den Schulen noch rauspressen, mir reicht es, wenn ein Handybevollmachtigter mir Pakete in den 4. Stock bringt und er das Sofa bei Nichtgefallen auch wieder abholt. Dazu muß er nicht beim Pisatest gut abschneiden, es muß reichen, ihm die 10,56 Mindestlohn zu gönnen.

Wurgekompetenz

Früher waren wir Stolz auf ein Land der Dichter und Denker, der Philosophen und Wissenschaftler, heute sind wir genügsam und geduldig, wenn Amazon, DHL,... Pakete bringen und Tesla in der Heide das Wasser abgrabt. Sage einer, das würde sich in der Bildung nicht schon schön niederschlagen. Jetzt aber mal im Ernst: Im Beschluss der Einigungsstelle, der bindend ist, zwischen Personalrat

Schulen und der Schulbehörde steht: „4. Dokumentationsverpflichtungen – Die Bildungsbehörde wird die Dokumentationsverpflichtungen der Lehrkräfte reduzieren und im Primarbereich damit beginnen.“ That is no Fakenews!! It’s true. Make the Schulbehörde great again. But it is from 07.07.2008. Shit, aber gültig. Ja, so machen Nachrichten Spaß. Zuletzt noch die von n-tv.de vom 22.1.: „Unterhaltung – Augen, Lungen, Hoden, Penisse – Erste Dschungelprufung wird zum Wurgemarathon.“ Igitt. Dann doch lieber die x-te Matheprufung.

Hinweis in eigener Sache: Falls es Kritik an dieser Satire gibt, bitte wenden sie sich an den Verfassungsschutzprasidenten von Bremen, Herrn Schittkowski, kein fake, ernsthaft.

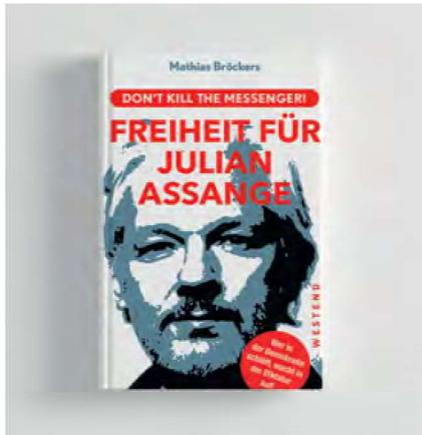
Zweiter Hinweis: In letzter Frischlufft ist ein falscher Link gegeben worden, es lohnt sich dieser:

<https://www.bildung.bremen.de/schulqualit-t-5134>

Leseempfehlungen



zusammengestellt von der Redaktion



Freiheit für Julian Assange

Don't kill the messenger
Mathias Bröckers, Westend-Verlag,
2019, 8,50 €

Wenn das Aufdecken von Verbrechen wie ein Verbrechen behandelt wird, dann werden wir von Verbrechern regiert“ Edward Snowden
Am 11. April 2019 wurde der WikiLeaks-Gründer Julian Assange aus der ecuadorianischen Botschaft, wo er Asyl gefunden hatte, in ein britisches Hochsicherheitsgefängnis verschleppt. Jetzt

werden britische Gerichte über einen Auslieferungsantrag der USA entscheiden, die Assange eine Verschwörung mit Chelsea Manning zum Einbruch in Pentagon-Computer vorwerfen. Falls er ausgeliefert wird, könnten ihm weitere Anklagen nach dem „Spionage Act“ und die Todesstrafe drohen. Der Ausgang des Verfahrens von Julian Assange wird zeigen, ob es wirklich schon so weit ist und die Presse- und Meinungsfreiheit am Ende ist.



Brauner Boden

Ein jüdischer Blick auf die deutsche Aufarbeitung der NS-Zeit
Zachary und Katharina F. Gallant,
Westend-Verlag

Das Buch erscheint am 1. Februar Angesichts des Wiedererstarkens rechtsextremer Gesinnungen und in einer Zeit, in der ungeprüfte Informationen zunehmend leichtfertig als unstrittige Fakten verstanden werden, ist es unabdingbar, den Stand der Aufarbeitung des Nationalsozialismus in Deutschland

erneut kritisch zu hinterfragen. Dieser Aufgabe widmet sich das Buch. Sie legen den Fokus auf das deutsche Unternehmertum, die Aufarbeitung bis heute nur sehr zögerlich erfolgt. Ausgehend von einer jüdischen Perspektive auf die Diskrepanz von Absichtsbekundungen und gelebter Realität ist es unerlässlich, dass Deutschland sich aufrichtig zu dem viel beschworenen „Nie wieder“ bekennt und seinen Worten Taten folgen lässt – in Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft.

Zum Radikalenerlass vor 50 Jahren:

<https://willy-brandt.de/ausstellungen/veranstaltungen/50-jahre-radikalenerlass/>



Die Diskussionsveranstaltung dazu unter
<https://www.youtube.com/watch?v=PFEu1pPBJE>



<https://www.dhm.de/archiv/ausstellungen/grundrechte/katalog/144-149.pdf>



Termine



AK Frauen

Montag, 21. Februar · 18.30 Uhr, Online

FG Berufsbildende Schule

Donnerstag, 03. März · 17 Uhr, Online

AK Zuwanderung

Montag, 07. März · 17.30 Uhr, Online

AK International

Donnerstag, 10. März · 17.30 Uhr,
Ort wird noch bekannt gegeben



AK Frauen

Dienstag, 08. März · ab 12 Uhr, Internationaler Frauentag

Der AK Frauen wird am Grasmarkt zwischen Rathaus und Dom mit einem großen Uhrentransparent „Wie können wir die Zeit einteilen?“ das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichtbar machen und Forderungen formulieren:

Verbindliche Regelungen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Flexible und verlässliche Arbeitszeiten organisieren; Flächendeckender Ausbau von Kinderbetreuung/Kitas; Teilzeitarbeit, Regelungen bedürfnisorientiert anpassen und konsequent anwenden; Hochwertige Fortbildungsangebote zur Steigerung der Qualifikation und für den Wiedereinstieg nach Elternzeit oder Pflege von Angehörigen; Maßnahmen zur Erhaltung der Arbeitskraft durchführen (Arbeits- und Gesundheitsschutz anwenden - Kur z.B.); verbindliche Teilzeitregeln als Maßnahmen gegen Fachkräftemangel und Altersarmut; Zertifikat „Familienfreundlich“ nicht nur für die Bildungsbehörde, sondern auch für Schulen und ReBUZe.

Impressum

bildungsmagaz!n

Januar / Februar 2022
71. (83.) Jahrgang

Herausgeber

Landesverband Bremen der GEW
Bahnhofplatz 22-28
28195 Bremen

Tel. 0421 337 64-0
Fax 0421 337 64 30
bildungsmagazin@gew-hb.de
www.gew-bremen.de
www.gew-bremerhaven.de

Geschäftszeiten: Mo – Do 8 – 12.30,
13 – 16 Uhr und Fr 8 – 14 Uhr

Redaktion

Susanne Carstensen
Tel. 0152 31882209
susonne2000@gmail.com

Swantje Hüsken
Tel. 0151 10774532
huesken@posteo.de

Karsten Krüger
Geschäftsführender Redakteur
Tel. 0173 6831678
kkrueger@posteo.de

Wilfried Meyer
Tel. 0170 2953984
wilfmey@t-online.de

Werner Pfau
Tel. 0172 1609809
internationales@gew-hb.de

Korrektur
Gerhild Fiege

Verlag
Bonifatius GmbH
Druck – Buch – Verlag
Karl-Schurz-Str. 26
33100 Paderborn
Tel. 05251 153-171
verlag@bonifatius.de

Layout und Gestaltung
das grafik.buero
Kai Becker
Tel. 0173 7458834
www.dasgrafikbuero.net

Anzeigen
Anzeigenpreisliste
Karsten Krüger
Tel. 0173 6831678

Anzeigenschluss

Heft 2 am 07.03.2022

Der Bezugspreis des bildungsmagazins ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 15,-€ zuzüglich Zustellgebühr inkl. MwSt.

Die Redaktion arbeitet laut Satzung eigenverantwortlich. Die mit dem Namen der Verfasser:innen oder anderweitig gekennzeichneten Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der GEW-Gremien oder der Redaktion wieder.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur nach Information der Redaktion



www.blauer-engel.de/uz195

- ressourcenschonend und umweltfreundlich hergestellt
- emissionsarm gedruckt
- überwiegend aus Altpapier

RG4

Papier: Circle Volume, 100%,
Recyclingpapier

Auflage: 5500 Exemplare